

Die „Volkstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil verantwortlich: Carl Lantau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neubau.
Druck von E. Arnol, Magdeburg.
Fernspreck-Anschluss Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Prenumerando halbjährer Abonnementspreis:
Vierteljährlich inkl. Bringerlohn 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 M., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M. inkl. Postgebühren.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zetungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeit.
Ferdinand Lassalle.

No. 11.

Magdeburg, Sonntag, den 13. Januar 1895.

6. Jahrgang.

Wider den Umsturz.

V.

Berlin, den 12. Januar 1895.

Weitere Szenen gab's heute. Abgeordnete, Minister und Zuhörer, die wiederum zahlreich erschienen waren, ergötzen sich. Wer lachen konnte, dem war Gelegenheit gegeben, seinen Bachmuskeln Spielraum zu geben und wen angeblickt der Ernst der Situation das Lachen vergangen, der mußte wohl oder übel lächeln. So kam es, daß die heutige Reichstags-Sitzung sich zu einer heiteren, ja zur heitersten der ganzen Session gestaltete. Viel zur Heiterkeit trug der Minister v. Köller bei. Hatte Herr Dr. Niederding mit einer Fülle von Zitaten die Umsturzvorlage zu begründen geglaubt, so wurde er heute von dem Herrn v. Köller übertrumpft. Ehe wir auf seine Rede eingehen, sei die Rede des Vertreters der Polen kurz wiedergegeben.

Herr Dr. v. Wolzki (Polen): Die ganze Geschichte des polnischen Volkes verzeichnet keinen Königsmord, nicht einmal ein Attentat. Die Umstürzlinge haben in unserer polnischen Bevölkerung im großen und ganzen noch keinen Boden gefunden. Ob wir im Stande sein werden, der Sozialdemokratie entgegen zu treten, hängt nicht bloß von uns ab, sondern auch von der Staatsregierung, die alles daran setzen muß, um alle Unzufriedenheit in der polnischen Bevölkerung zu beseitigen. Wenn Sie die Polen als Bundesgenossen im Kampfe gegen den Umsturz haben wollen, so müssen Sie sie auch als solche behandeln. Durch die Maßnahmen der Regierung wird die Wirksamkeit der Religion bei uns verhindert. Wenn Recht und Gerechtigkeit aufrechterhalten werden sollen, dann müssen Kirche und Schule sichtlich zusammenwirken. Bei uns tritt die Regierung diesem Wirken entgegen. Wir wollen für die Religion resp. für die Kirche volle Freiheit haben, um durch sie die Sozialdemokratie zu bekämpfen. In meinem Namen und dem meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß die Umsturzvorlage für uns überaus viel Bedenkliches enthält. Wenn die Umsturzvorlage als solche in ihrer gegenwärtigen Form zur Abstimmung käme, so müßten meine politischen Freunde dagegen stimmen. Wir sind aber nicht abgeneigt, in eine Disziplin einzutreten, und stimmen daher für Kommissionsberatung. (Beifall bei den Polen.)

Jetzt wurde dem Minister v. Köller das Wort gegeben, die Abgeordneten eilten seinem Plaze zu, alles nur begierig auf das, was da kommen sollte. Auf seinem Plaze lagen Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und Flugblätter. Einer der im Ressort des Herrn v. Köller harrte an seiner rechten Seite Platz genommen, vor sich ein Altentbündel liegend, aus dem ein Schriftstück nach dem andern in die Hände seines Ressortchefs überging, der eine außer ausgearbeitete Rede hielt. Doch der Inhalt derselben, welche Enttäuschung! Sehen wir zu. Der Herr v. Köller sagte:

Mit dem Abg. Colbus bin ich darin einverstanden, daß ein großer Teil der umstürzlerischen Bestrebungen beseitigt wird, sobald mehr religiöse Gefühl im Volke lebt. Aber damit allein ist es nicht getan. Gegenüber seiner Aeußerung, daß auf der Straßburger Universitätsfeier keine Spur von Religion und Gottesfeligkeit zu finden sei (weiterer), weise ich darauf hin, daß es dort viele Männer giebt, die positiven christlichen Glauben haben und ihn auch vertreten. Er sagte auch, das christliche Volk werde immer erbitterter unter dem Diktaturparagrafen. (Sehr richtig.) Sie rufen „Sehr richtig“ und kennen die Verhältnisse nicht. (Umsturz links.) In den sieben Jahren, wo ich der dortigen Verwaltung vorstand, ist der Diktaturparagraf nur einmal zur Anwendung gekommen, und diese einmalige Anwendung hat Glück-Verbringen nicht verhindert, denn der Paragraf wurde angewandt zur Unterdrückung eines sozialdemokratischen Blattes, welches die Verhältnisse und die Verhältnisse in dieser Beziehung mit der Regierung durchaus zufriedenstellend (Widerpruch).

Abg. Barth hält die bürgerliche Gesellschaft für so stark, daß er den schändlichen Angriffen der Sozialdemokratie glaubt ruhig zusehen zu können. Einen ähnlichen Standpunkt hat Abg. Alexander Meyer in einer Volksversammlung vertreten. Er sagt aber hinzu, daß, wenn wieder verbrecherische Thaten vorkommen, der Staat zeigen muß, daß er keinen Spatz verfehlt. Mit letzterem Ausspruch trifft er die Anschauung der Regierung. Warum aber wollen die Abg. Barth und Wandel so lange warten? Wenn wir glauben, daß wir unschuldiges Blut schütten und schirmen können, so müssen wir bereit sein, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, bezüglichen Unglück vorzubeugen.

Abg. Auer wollte die „Freiheit“ und den „Sozialismus“ vergebens von seiner Partei abhütteln. Ja, er behauptet, daß diese Blätter nur durch die Polizei verbreitet worden seien. Es ist das eine alte Behauptung gegen diejenigen, die die Verwendung der Staatsmittel haben. Vor zwei Jahren sagte Abg. Liebherr in einer Sitzung hier: „Wir haben nicht gerinnten Grund, die Blätter zu verlegen. Ich bin überzeugt, daß die Blätter nicht aus edlen, südländischen Motiven handeln. (weiterer.)“ Dann sagte er auch: „Die deutschen Verbände - Säulen werden auch niedergelegt werden“, und als ein Zusatz kam: „aber doch friedlich!“ erwiderte er: „Je nachdem!“ (weiterer.)

Die Anpreisung von Verbrechen wollen wir deswegen bestrafen, weil wir überzeugt sind, daß dadurch viel Unheil geschieht. Alle Verbrechen werden glorifiziert, auch der Diebstahl. In einer Versammlung in Halle wurde die Aeußerung gethan: „Ich kann es dem Arbeiter nicht verzeihen, wenn er Hunger hat, daß er dann zuseht, wie er seinen Hunger stillt, selbst wenn er damit gegen die heutige Gesellschaftsordnung verstoßt.“ Im Protokoll des Vorkommens Parteiangesichts heißt es: „Wenn jemand aus Not ein Stück Brot stiehlt, dann kann uns das nicht bestimmen, den Mann zu verdammen.“ Das ist doch eine Glorifikation des Diebstahls. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) 1884 war im „Sozialdemokrat“, den Sie doch nicht verleugnen können, zu lesen: „Ja wohl, wir sind Raubgefährlich, denn wir wollen auch vernichten; wir sind Feinde eines Eigentums, einer Ehe, ja wohl, wir sind revolutionäre Kommunisten, wir werden Gewalt mit Gewalt erwidern.“ Auch der Meinel wird glorifiziert, indem gesagt wird, er sei eine unzweckhafte Handlung. Die Ansicht, welche Abg. Bebel im Jahre 1870

aussprach, man könne dem Volke nicht mehr sagen, daß ein Fürstenthum ein größeres Verbrechen wäre als jedes andere, macht Schule.

Im Kalender des „Vorwärts“ für 1895 sind ungefähr 25 Attentate als merkwürdige und schöne Begebenheiten für das Volk bezeichnet. In Versammlungen und in der Presse wird die offene Revolution gebührend, ohne daß der Strafrichter einschreiten kann. In der „Freiheit“ vom 24. November 1894 heißt es: „Recht alle Polizeier beim Witzel, hängt sie auf (weiterer), laßt das Progeatum über die Klinge springen. Nicht über wird die soziale, überhaupt jede wesentliche Streiffrage gelöst werden. Gottlose und altheißliche Anarchisten habt ihr zu werden. Wohl ihr das nicht, so halt euch der Teufel.“ (weiterer.) Unruhe bei den Sozialdemokraten. Im „Proletarier“ aus dem Oelengebirge“ schreibt August Kühn: „Eine geordnete Ordnung ist die glänzendste Unordnung, die tugendhafteste Sitte ist die naturwidrigste Unsitte. Wir schwärmen in einem Augenblicke für die soziale, vorwärts fort zu werden. Diejenigen, die bemüht sind, dem Leben einen Inhalt zu geben, an die Stelle der Unordnung die natürliche Ordnung, an die Stelle des Unrechts ein ewiges Recht zu setzen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Sehr schön.) Auf den Erdmännern der alten werden wir das Fundament einer neuen Welt aufbauen.“ Ein Reporter verbreitet ein Gerücht, in dem es heißt: „Seht der Reichen frohes Bahen, vorwärts fort zu neuen Zeiten, bis kein Herr mehr und kein Knecht.“ In einer Altonaer Versammlung vom vorigen Jahr hat ein gewisser Hartwig geäußert: Geht mit euren Revolver, dann schiess ich, oder wenn auf mich das Los fällt, geht mit einer Bombe, so werde ich Was das bedeuten soll, kann uns vielleicht Herr Frohne sagen. Die Ansicht des Abg. Barth, daß es sich da um revolutionäre, aber kümmerliche Nebenarten handle, die keine Rolle spielen, kann ich nicht teilen. Abg. Grober hat hinsichtlich des § 130, den er ablehnen will, weil es schwer sei, den Begriff von Religion, Eigentum und Familie im Sinne des Paragraphen zu definieren, übersehen und nicht genügend klar hervorgehoben, daß der Paragraph lautet: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Religion, Ehe und Familie beschimpft.“ Kein deutscher Jurist wird auf den Gedanken kommen, daß eine Verherrlichung des Brudermordes, wie in Hyrons „Rain“ oder Stellen aus Schillers „Tell“ strafbar sei. Kein deutscher Richter würde in solchen Elaboraten oder Ausführungen irgend eine Gefährdung des öffentlichen Friedens erblicken.

Jetzt fängt man auch schon an, in das unschuldige Gemüt der Kinder des Gift einzuträufeln. Ein Buch, welches bestimmt ist, als Weihnachtsgabe für die Jugend zu dienen, enthält folgendes Bild: Eine weltliche Person, über deren Kopf das Wort „Wahrheit“ steht, und die in der Hand eine Brandfackel hält. Rings herum kleine Kinder und über dem Glorifizieren die Hebräer: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“ (Auf: Was ist das im Centrum: Bild!) Der „Sozialist“, von dem ich heute zu sprechen habe, im „Vorwärts“ gelesen habe, daß er zu erklären anheben will, enthält folgenden Satz: „Wenn die Christen doch nachdenken wollten, so müßten sie einsehen, daß die ganze orthodoxe Religion auf Selbstmord beruht, daß die Menschheit durch Selbstmord erlöset worden ist. Denn Christus ist mit seiner eigenen Zustimmung gestorben, Christus ist somit ein Selbstmörder gewesen.“ Will das deutsche Volk sich in der Weise seine heiligsten Güter beschimpfen lassen? Nein! (Zustimmung rechts.) So, meine Herren vom Centrum, liegen die Sachen. Lassen wir alle Zwietracht sein. Wir glauben alle an einen Gott und haben dafür zu kämpfen, daß diese Infamien aufhören. (Beifall.) Es erhebt eine Pause. Präsident v. Lewegow will das Wort weiter erteilen. — Ich bin noch nicht fertig (weiterer.) Man geht sogar soweit, die sozialdemokratischen Forderungen auch unter Frauen und Kindern zu verbreiten. Unter diese Verbreitungen gehört die Petition, daß Frauen das Recht haben sollen, politischen Vereinen anzugehören. Die Gesetzgebung wird diese Wege nicht gehen. (Beifall rechts.)

Das also ist das Material, mit dem der Sozialdemokratie nachgewiesen, daß Zwangsgeetze gegen sie notwendig. Man überlege: Von den vielen seit Jahr und Tag erscheinenden Zeitschriften und Zeitungen und den vielen Grörterungen, die dieselben alltäglich und im Laufe der Jahre angestellt, was hat der Herr Minister aufzuweisen können — ein einziges Organ, den Proletarier; einen einzigen Artikel, der im Proletarier gestanden und was dieser Artikel enthielt — wie harmlos! Von den vielen Reden, die gehalten und den vielen Agitatoren, die hinausgegangen in Stadt und Land, hat Minister v. Köller nur zitieren können, was dem Gehirn eines Unabhängigen entstrungen. Daß die Rede des Ministers keinen ernstlichen Eindruck hinterließ, wird jeder Leser selbst empfinden; auch er wird sich des Lachens nicht erwehren können. Der Minister umtanzte wohl das Centrum und jagte dem allerhand Schmeicheleien, ob es aber auf Grund dieses neuen, allerneuesten Materials seine Stellung zur Vorlage ändern wird, bezweifeln wir stark. Nach dem Minister sprach der Antijemite Liebermann v. Sonnenberg. Er trat für die Vorlage ein. Aus seiner Rede erriethen unsere Leser die Stellung der „geeinigten Antijemitenfraktion“ zur Vorlage:

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antij): Die Bestimmungen der Militärkraftbestimmungen haben wir für durchaus berechtigt. (Widerpruch) Erheben wir dagegen gegen einzelne Bestimmungen des § 130 und gegen § 131. Was heißt in Deutschland Religion? Wir Antijemiten würden unter Umständen leicht dabei wegzulassen, wenn wir die Intelligenz des Schächters und den Talmud angreifen, können wir vernachlässigt werden wegen Beschimpfung der jüdischen Religion. Soll der Paragraph 130 für uns annehmbar werden, dann muß das Wort „Religion“ mindestens durch die Worte „christliche Religion“ ersetzt werden. Ich glaube auch, daß man besten die Ehe, wenn sie gut ist, sich selbst schätzt.

Was nun das Eigentum betrifft, so können gerade wir, die wir das legale Eigentum verteidigen, in die Lage kommen, gegen das Raubgeizigkeit, wie es an der Börse gemessen wird, vorzugehen. Wenn Panama-Skandale vorkommen, muß man das Recht haben, dagegen aufzutreten. Auch die neuen Bestimmungen über die Presse gehen zu weit. Wenn Fall List hat die Presse auch Dinge gebracht, von denen man anfangs annahm, daß sie unzulässig seien. Selbst in dem Jahresbericht des Antijemiten-Vereins wurde ohne weiteres nicht für möglich gehalten, daß die Presse, die sonst mit dazu hilft, den Umsturz zu bekämpfen, den nicht lahm gelegt werden in der Kritik öffentlicher Angelegenheiten.

Dreierlei sind notwendig, den Umsturz zu bekämpfen: ein starkes Heer, geordnete Finanzen und Justizbehörden im Lande. Das starke Heer hat die Welt seit dem 17. Jahrhundert und wir sind auf dem Wege, auch geordnete Finanzen zu erhalten. Das Getreide monopol würde dem Staate Mittel geben, die uns in die Lage bringen, alle Kriegsschiffe zu bezahlen, die wir zum Schutze unserer Küsten für nötig halten. Ob wir sie jetzt angesichts unserer Finanzen bewilligen können, lasse ich dahingestellt. Mit der Justizbehörden im Lande ist es allerdings schlecht bestellt. Nur ein starkes Nationalbewußtsein kann widerstandsfähig machen gegen die Umstürzler. Auch die Unzufriedenheit über die Bureaokratie soll man zu beseitigen suchen. (Präsident v. Lewegow macht den Redner darauf aufmerksam, daß er von der Sache zu weit abgewisse.) Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Sozialdemokraten aus dem Reichstage verdrängt werden. (Präsident v. Lewegow ruft den Redner zur Sache.) Das würde geschehen, wenn die Abgeordneten Klären erhielten. Man müßte auch eine Aenderung des Wahlrechts herbeiführen (Kurze und Unruhe links) — durch Erweiterung desselben (Präsident v. Lewegow ruft den Redner abermals zur Sache.)

Meine Partei glaubt, daß Paragrafen geschaffen werden müssen, um den Umstürzbestrebungen des Judentums entgegen zu wirken. Abg. Auer sagte an, daß die meisten Majestätsbeleidigungen an der Börse begangen werden. Wer treibt sich aber da herum? (weiterer.) Den Fall des Grafen v. Schweinitz in Breslau hat Herr Auer doch zu schwarz hingestellt. Die Sache verhält sich tatsächlich so, daß dem Grafen gesagt wurde, das Mädchen sei gestorben, und es sei kein Geld zum Begräbnis da, worauf er dann das Geld gab. Hätte er es nicht gethan, wie wäre die sozialdemokratische Presse über ihn hergezogen und hätte gesagt, nicht bloß, daß er Umgang mit ihr gehabt habe, läßt er sie nicht einmal begraben. (Große Heiterkeit.) Nicht mit Geheiß-Strafregeln, sondern mit Reformen muß der Umsturz bekämpft werden, es muß eine Mittelstands-Politik im großen betrieben werden zum Schutze der Landwirtschaft und des Handwerks. (Beifall rechts.)

So also gedenkt die „Reformpartei“ die Unzufriedenheit zu bannen, sie geht mit der Regierung — wie immer — auch diesmal und schwärmt für Ausnahmegeretze, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, Unterdrückung des freien Wortes. Vielleicht hoffen die Antijemiten, daß die Regierung dankbar genug und ihre Organe nicht blöden läßt auf die beschimpfende und menschenverhöhnende Agitation der Antijemiten. Die trivialen Späße, welche sich der Antijemiten-Führer erlaubte, sie waren wohlfeil wie Brombeeren und nach dem Herzen seiner Stammesgenossen, deren einer, es war der Abg. Bindewald, sogar zum Minister v. Köller ging und denselben um Ueberreichung jenes Bilderbuches ersuchte, das im Verlage von Hoffmann-Bantow erschien. Ob die Antijemiten beim Durchblättern an jene Bilderbogen gedacht, deren schmutzigen, die Seele vergiftenden Inhalt wir des öfteren zu erwähnen Gelegenheit gehabt. Nach Liebermann sprach der Weise

Abg. Frhr. v. Hohenberg: Ich halte die bestehenden Strafbestimmungen für ausreichend. Wenn man den Umsturz bekämpfen will, muß man ihn an seiner Wurzel angreifen. Solche Raubschulparagrafen können ihn nur und nimmer beseitigen. Das Königreich Hannover hat sehr scharfe Bestimmungen gehabt, trotzdem haben sie nicht verhindert, daß die hannoverschen Nationalliberalen 1830 bis 1848 den Umsturz vorbereiteten. Wenn die Sozialdemokraten in einer Revolution, die ich als sicher voraussetze, den Sieg gewinnen, dann werden sie vielleicht ganz kurze Zeit die Oberhand behalten, dann aber in sich zerfallen. Wenn Abg. von Bennigsen hier als Vertreter der Monarchie auftritt, dann ist ja noch zu hoffen, daß Abg. Bebel sich auch maniert bis zum Vertreter der Monarchie. Auch die „Kreuzzeitung“ wie der wir bis 1866 dieselben Grundbegriffe vertreten, ist seitdem dem größten Umstürzmanne des Jahrhunderts, Fürst Bismarck gefolgt. (Auf rechts: Hui!) Präsident v. Lewegow fordert den Redner an, nur über Dinge zu sprechen, die zum Gegenstand der Verhandlung gehören. Man hat deutschen Ländern die Selbstständigkeit genommen. (Präsident v. Lewegow ruft den Redner zum zweiten Mal zur Sache.) Das beste Mittel gegen den Umsturz ist das, daß man es in den Boden des Rechts, der zehn Gebote zurück holt, wenn man die zehn Gebote nicht nur anwendet auf das private, sondern auch auf das öffentliche Leben. Wir werden nicht müde werden, gegen das immer wieder ins Bewußtsein zu rufen, bis unsere Grundbegriffe durchdringen. Gerechtigkeit erhöht ein Volk, die Sünde ist der Leute Verderben. (Beifall bei den Welfen.)

Dann folgte Sigl, der entgegen dem Centrum grundtätig die Vorlage verwarf. Manches derbe Wort enthielt seine Rede, sie trieb aber auch die Lacher auf Seite des Redners.

Abg. Dr. Sigl (mit großer Heiterkeit begrüßt): Wenn das Gesetz durchginge, würden wir als Leiter der Presse und der Opposition zum Tode verurteilt sein. Wir wollen aber nicht sterben (Heiterkeit.) Das ist die Meinung aller meiner Kollegen in München, das ist die Meinung aller meiner Wähler und von 7000 Wählern des Bayersbundes; das ist die Meinung der Katholiken in München, die sich durch großen Mut niemals ausgezogen haben. (weiterer.) Aber jetzt haben sie die Schlafröhre heruntergezogen und sich aufgerafft. Der Volksverein in München hat die katholischen Reichstags-Abgeordneten aufgefordert, das Gesetz abzulehnen. Die Liberalen, soweit sie noch einen Sinn für Freiheit und Recht haben, denken ebenso.

Fürst Bismarck konnte mit Gewaltgeetzen nichts ausrichten. (Widerpruch rechts.) Das er einma mit dem Sozialistengesetze Erfolg gehabt? Oder haben nicht vielmehr die Sozialdemokraten Triumphe gezeigt? Auch das Christentum ist mit Ausnahmegeretzen verfolgt worden, und es hat doch geglaubt über die Kaiserin Rom. Die Presse ist schon heute genug zersplittert, das beweist die Geschichte meines Blattes. In sechs Wochen hat man mich 86 Mal konfisziert (Auf: Donnerwetter! Heiterkeit) auch als mein Blatt nur mit dem Kopfe und Bespessen erschien, und auch diese Konfiskation wurde von Juristen bestätigt. (Redner verbreitet sich eingehend über die Geschichte seines Blattes des „Waterlans“ und wendet sich dabei wiederholt nach dem Präsidenten um, zu sehen, ob dieser seine Macht, ihn zur Sache zu rufen, was jedesmal kläglich Heiterkeit erregt.) — Die Fuchsmüher Bayern, die ihr Recht geknack haben, werden vor Gericht gestellt, aber nicht vor die Geschworenen, die sie freisprechen werden, sondern vor ein anderes Gericht. Friedrich v. Stamm sagt, die Sozialdemokraten vergiften das Volk. Was, was durch die sozialdemokratischen Lehren vergiften 1884, der ist ein Schaf. (Stärklicher, anhaltende Heiterkeit.)

fortdauernden Ausgaben der Marineverwaltung sogar 55 994 656 Mk. angelegt. Der Etat ist somit in der Zeit von 7 Jahren schon von 36 856 800 Mk. auf 55 994 656 Mk. oder um mehr als 19 Millionen, das ist um mehr als 50 Prozent gewachsen. Der Etat der einmaligen Ausgaben für die Marine ist von rund 14 192 000 Mk. im Jahre 1890 auf 33 701 956 Mk. im Etatsentwurf für 1895/96 gestiegen.

Im ganzen sind für einmalige Ausgaben der Marine, ganz abgesehen von den für das nächste Etatsjahr in Aussicht genommenen Summen, schon bis zum 1. April dieses Jahres über 200 Millionen Mark, und zwar wesentlich für Schiffsbauten, verwandt worden.

Und trotzdem wurden die königstreuen Volksvertreter ersucht, den Fürsten Bismarck, den Begründer der deutschen Kolonialpolitik, zu seinem 80jährigen Geburtstag (nicht 81jährigen, wie irrtümlich gestern berichtet) mit der Bewilligung der für die Flotte und Marine notwendigen Summen zu erfreuen. Unerfreuliche Aussichten für das Volk — erfreulich jedoch für uns Sozialdemokraten, welche man durch Umsturzgesetze bekämpfen will. —

In der **Zuckersteuerfrage**, so berichtet die „Magd. Ztg.“, sind verschiedene Ermittlungen, die in den beiden letzten Jahren vom Reichsfinanzamt aus veranlaßt wurden, direkt vom Kaiser veranlaßt worden. — Das ist richtig, bemerkt hierzu die „Freis. Ztg.“ und fährt weiter aus: Die „Magdeb. Ztg.“ hätte auch noch hinzufügen können, daß diese Veranlassungen angeregt worden sind auf dem Jagdausflug in Barby, zu welchem der bekannte frühere Reichstagsabgeordnete Dieze den Kaiser eingeladen hatte.

Es ist vollbracht. Der „Sozialist“ hat sein Erscheinen eingestellt. Der Spruch des Herrn Staatsanwalts Dr. Benedix hat sich — wenn auch nur einige Nummern später — bewahrheitet. Wie wir zu dem Blatt — das auch die „Vollstimme“ verschiedentlich angegriffen — und wie wir zu den von dem „Sozialist“ vertretenen Anschauungen stehen, haben wir mehrfach erörtert. Dennoch beklagen wir die Unterdrückung, welche in den Reihen der Anarchisten nur Haß und Erbitterung erwecken wird. Wenn solche Unterdrückung bereits unter den bestehenden Gesetzen möglich, wie erst nach Annahme der Umsturzvorlage. Wie dem auch sei: Die gewaltsame Unterdrückung einer vorhandenen Geistesströmung ist noch niemals gelungen und noch niemals von Segen gewesen. Die Folgen dieser Unterdrückung dürften sich in dieser oder jener Weise in Zukunft bemerkbar machen. —

Geburtstagsfeier und Gewerbeordnung.

Das Polizei-Präsidium in Berlin soll folgende Verfügung erlassen haben:

Mit Rücksicht darauf, daß der Geburtstag des Kaisers in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, hat das Polizei-Präsidium seiner Organe angewiesen, am Sonntag, den 27. d. M., gegen das Ausstellen von Waren an unvershängten Schaufenstern dann nicht einzuschreiten, wenn diese Schaufenster zugleich der Bedeutung des Tages entsprechend dekoriert bzw. illuminiert werden. Die Vorschriften über die Sonn- und Feiertagsruhe in Handelsgewerbe werden hierdurch jedoch nur insoweit berührt, als es den Geschäftsinhabern gestattet werden muß, einzelne Angestellte zur Überwachung der zur Illumination gebrauchten Brennstoffe auch außerhalb der für den Betrieb des Handelsgewerbes gesetzlich festgelegenen Zeit zu beschäftigen.

Nach unserer bescheidenen Meinung steht diese Verfügung im Widerspruch mit der Gewerbe-Ordnung. Dem im Handelsgewerbe angestellten Personen darf die Sonntagsruhe nicht gekürzt werden, auch dann nicht, wenn lokale Staatsbürger, soweit solche Vadeninhaber sind, ihre Schaufenster zur Feier des Geburtstages irgend einer Person dekorieren sollten. Weiter diese Verfügung zu kritisieren erübrigt sich. In einem „Kulturstaate“ können solche Verfügungen keineswegs überrraschen. —

Der Kaiser hat verfügt, daß **Militärmusiker** beim Spielen zu öffentlichen Tanzveranstaltungen nicht Uniformen tragen dürfen. In besonders begründeten Ausnahmefällen sind jedoch Abweichungen gestattet, welche die Regimentskommandeure bestimmen. Diese Ausnahme kann eintreten, wenn das Musikkorps geschlossen und unter Leitung seines Dirigenten spielt, sowie bei Festen von Kriegervereinen. Den berechtigten Klagen der Zivilmusiker soll durch diese Verfügung vorgebeugt werden. —

Gute Lektüre. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, sämtliche Vandalenämter aufgegeben, darüber zu berichten, in welcher Weise für die Verbreitung guter Zeitungslektüre in der Arbeiterbevölkerung Sorge getragen werde. Was ist „gute“ Lektüre? Die Ansichten der Behörden und der Arbeiter dürften vielfach darüber auseinandergehen. —

Antisemitisches. An Abonnentenschwindjakt leiden die Antisemitenblätter „Frei-Deutschland“, „Bundschuh“ und „Reichsherald“, sie sollen zu einem Tageblatt verschmolzen werden, um später — einen Tod zu sterben. Wenn man erwägt, mit welchem Gepolter das Erscheinen dieser Blätter angekündigt und das Ende derselben in das Auge faßt, so ist ein Rückschluß auf die antisemitische Bewegung gegeben. —

Antisemitisches. Abg. Ahlwardt entwickelt sich jetzt in der Öffentlichkeit immer mehr zum Schrecken nicht nur der Konservativen, sondern auch der antisemitischen Reichstagsabgeordneten. So hat derselbe in einer Versammlung in seinem Wahlkreise in Woldenberg am 3. Januar folgendes Programm entwickelt: Erstens: der Staat muß sämtliche Hypotheken übernehmen. Die jetzigen Gläubiger sind mit Rentenbriefen abzulösen, welche bedeutend geringer verzinst werden müssen. Wirtschaftler ein kleiner Landmann schlecht, so kann ihm eine Schuld nicht gekündigt und sein Grund und Boden nicht veräußert werden. Der Staat hat ihn nur einen Sequester zu bestellen. Zweitens: der Zwischenhandel mit Korn hat ganz aufzuheben. Der Staat hat alles Korn zum Selbstkostenpreis anzukaufen und wieder zu verkaufen. Drittens: die großen Fabrikanten müssen verstaatlicht werden. Den Besitzern seien verzinste Rentenbriefe zu verabsorgen; die Fabrik aber werde Eigentum der Arbeiter, die unter

Leitung des Staates den gesamten Nutzen für sich behalten. Diese „Reformen“ werden — was selbstverständlich ist — von den sogenannten „Reformern“ Zimmermannscher Observanz nicht unterstützt und dennoch werden auch sie früher oder später gezwungen sein, den von den „Reformern“ ausgewählten Mittelstand weitgehende Versprechungen zu machen, um deren Ungebuld zu befriedigen. —

Ausland.

Frankreich. In der ersten Sitzung der Kammer brachte Millerand (Sozialist) eine Resolution ein, in welcher die Entlassung Gerault-Richards aus der Haft beantragt wird. Redner verlangte unter Hinweis auf frühere Fälle die Dringlichkeit und sofortige Beratung. Der Ministerpräsident Dupuy ersuchte die Kammer, sich nicht zu Gunsten der Haftentlassung Gerault-Richards auszusprechen, denn diese Entlassung würde einen Angriff auf das Prinzip der Trennung der Gewalten und eine Verletzung des Prinzips der Gleichheit vor dem Gesetz bedeuten. Unter dem Beifall des Hauses stellte Dupuy die Vertrauensfrage, worauf der Antrag Millerands mit 309 gegen 218 Stimmen abgelehnt wurde. — Nach deutschem Muster. Auch hier läßt man Reichstagsabgeordnete, die gefänglich eingezogen, während der Sitzungsperiode hinter Schloß und Riegel brummen. Der monarchische Staat, die französische Republik, welche innige Uebereinstimmung in der Bekämpfung der Herren der Umstürzer. Wie der Kampf der Herrschenden beider Staaten siegreich, werden wird, das wissen wir. —

England. Die Anarchisten Londons entlarvten jüngst den Pariser Polizeispitzel Gotie alias Culiavier, alias Cottance. Unter Androhung sofortigen Todes sollen dem Polizeispitzel wichtige Geständnisse abgerungen sein. Wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, sollen die Anarchisten in den Besitz wichtiger und ausgedehnter Polizei-Informationen gekommen sein. Auf die Publizierung dieser Papiere darf man gespannt sein. — Nach neueren Nachrichten ist diese Sache dementiert worden. —

Statistisches.

Deutscher Export nach den Vereinigten Staaten. Die „Nat.-Ztg.“ giebt folgende Zusammenstellung über den Export aus den einzelnen Konsulatsbezirken im letzten Quartal vorigen Jahres. Magdeburg weist im Vergleich mit dem letzten Quartal 1893 während der Monate Oktober bis Dezember 1894 eine Zunahme von 2 1/2 Millionen Mark auf; Chemnitz in demselben Vergleichs-Quartal eine Zunahme von 3 1/2 Millionen Mark. Glauchau hat seinen Export um 2 1/2 Millionen Mark gesteigert. Berlins Zunahme beträgt eine Million Mark, selbst das kleine Guben hat eine Zunahme von 80,000 Mark. Von anderen Orten wird als vorläufige Mitteilung ebenfalls sehr erhebliche Zunahme gemeldet. Norddeutschland hat allein 13 Konsulatsdistrikte und 8 Konsular-Agenturen, Süddeutschland zählt 15 Distrikte. Von den vorliegenden 6 Bezirken wird in dem einen Vierteljahre bereits ein Plus von nahezu zehn Millionen gemeldet. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 12. Januar 1895

— Eine „politische“ **Feier resp. Versammlung?** Der christliche Arbeiter-Verein Magdeburg gedenkt eine Feier des kaiserlichen Geburtstages zu begehen. Da dieserlei Vereine bei allen ihren Festen stets Frauen, Schüler und Lehrlinge einladen, so darf man gespannt sein, ob die Behörde — wenn sie der Ansicht ist, daß der Verein ein politischer ist — bei dieser Feier dem Vereine nicht gehalten wird, Frauen, Schüler und Lehrlinge teilnehmen zu lassen. Wir schreiben dies nicht etwa, weil wir dem Vereine das wünschen, auch nicht, weil wir mit einem solchen Verbote einverstanden sind, sondern nur, um dann konstatieren zu können, wie das gleiche Recht gehandhabt wird; denn dem „Allgem. Arbeiter-Verein für Magdeburg und Umgegend“ ist gelegentlich der „Bastille-Feier“ verboten worden, Frauen, Lehrlinge und Schülern den Zutritt zu gestatten. —

— **Noch ein weiteres Opfer des Unglücksfalles am Sudenburger Bahnübergang.** Der zur Zeit des Unglücksfalles am Sudenburger Bahnübergang beschäftigt gewesene Bahnwärter ist Anfang dieser Woche der Abteilung für Fernzüge in hiesigen Kranenstraße zugewiesen worden. Er hat fortwährend die verhängelichte Leiche der verunglückten Frau Witwe Dorenberg vor Augen und erzählt mir, wie er, indem schließlich seine Ueberführung notwendig wurde. Wieder ein schreckliches Opfer des verurteilten Sparhahns der kaiserlichen Eisenbahnverwaltung. Die arme Familie ist ihren Ernährer los. [K.]

— **Von der Soldateska.** Wie mitgeteilt wird, soll am Donnerstag mittag auf der Berliner Chaussee ein schwer beladener Fuhrwerk auf eine Kompanie Soldaten gestoßen sein. Der Kutscher soll, offenbar in der Meinung, daß den Soldaten das Ausweichen nicht so schwer fallen könne, als seinen Pferden, auf dem Fuhrwerk geblichen und so in die Kompanie hineingefahren sein. Die Spitze des Juges habe sich alsbald in zwei Hälften geteilt. In der Mitte sei dies jedoch ans irgend einem Grunde nicht so glatt gegangen, so daß eine Stochung eingetreten sei. Ein Vorgesetzter, der bis dahin hinter der Kompanie geritten, sei, als er die Stochung bemerkte, sofort vorgeritten und habe alsdann den Soldaten etwas zugerufen. Dann sollen einige Soldaten auf die Fische eingestiegen haben, so daß sich die Tiere alsdann seitwärts — vom Fuhrwerk herunter — auf den zur Zeit schlecht passierbaren Sommerweg drängten. Wenn dieser Vorgang den Thatsachen entsprechen sollte, dann ist das Auftreten der Soldaten zu verurteilen, und sehr zu wünschen, daß ein zweites oder drittes Mal — denn uns ist früher schon einmal ein solcher Fall gemeldet — derartige nicht vorzukommen. Öffentlich jagt die Behörde für Abhilfe. [E.]

— **Einem Beinbruch erlitten.** Bei der Glätte auf dem Bürgersteige der Kaiserstraße stürzte ein Gleisergeselle hin und brach ein Bein. Er mußte dem Krankenhaus überführt werden. Wir ermahnen bei dieser Gelegenheit noch einmal: Achte zu Hause! Unterläßt dies der Hauswirt, dann hat er bei vorkommenden Unglücksfällen die Ansuchen für den Verunsicherten zu zahlen. —

— **Die Bevölkerungszahl Magdeburgs** stellte sich am 29. Dezember 1894 folgendermaßen: Altstadt 95 471, Westendstadt 16 064, Friedrichstadt mit Werder 10 509, Sudenburg 29 416, Neustadt 44 622, Budau 26 811, zusammen 222 893 Personen (113 617 männliche, 109 276 weibliche), gegen die Vormoode mehr 48 Personen. —

— **Die Prüfungen für Mittelschullehrer** beginnen am 15. Mai, die Herbstprüfungen am 27. November, die Frühjahrsprüfungen für Rektoren am 20. Mai, die Herbstprüfungen am 2. Dezember. —

— **In Sudau ist die Post am Sonn- und Festtagen** geöffnet im Winter von 8-9 Uhr vormittags, von 12-1 Uhr nachmittags (nur für den Telegraphendienst), und von 5-6 Uhr nachmittags. —

— **56 000 Mark** sollen aus bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks Schönebeckstraße 16 in Sudau. Das Grundstück erkaufte Herr Regierungsbaumeister S. Waas in Delb. — **Reiter: 85 000 Mark** sollen aus bei der Zwangsversteigerung des Grundstücks Fischerstraße 5 in Sudenburg, das der Kaiserlicher, Lebens- und Unfallversicherungs-Gesellschaft zu Basel zugeht. —

— **Wintergesellschaften** finden am 14. und 15. d. Mts. in Kreis Bezirken statt. —

Esfurt. (Wenig erbaulich.) Das Defizit der Thüringer Gewerbe- und Industrie-Ausstellung beträgt nach neuerer Feststellung bereits 78 900 Mark und dürfte bis zu 90 000 steigen. —

Stalben. (Die Wasserfäule.) Hier that sich dieser Tage in der Rammthorstraße plötzlich die Erde auf, und eine Wasserfäule erhob sich hoch in die Lüfte. Als bald eilten von allen Seiten aufs höchste erschreckt die Leute herbei, um das furchterliche Wunder zu schauen. Man kam zu dem Resultat, daß sich wieder ein Wasserrohrbruch zugetragen hatte, der die Veranlassung dieser seltsamen Fontäne gewesen war. Am Sonntag nahm man dann wieder erhebliche Erdschwankungen wahr, und es erfolgte ein neuer Rohrbruch an jener Stelle, wo durch den Bruch eines Gasrohres erst kürzlich mehrere Menschen betäubt worden waren. —

Eseln. (Der grelle Gegensatz zum Unternehmers „Risiko“.) Auf der Atten-Zuckerfabrik Marienstuhl geriet beim Bewegen der Eisenbahnlocomotivs der Arbeiter Paul zwischen die Puffer zweier Wagen und erlitt dadurch nicht unerhebliche Quetschungen der Brust. P. ist bei der Verwiegung der mit der Bahn ankommenden Mühen beschäftigt, wollte zwischen den zur Verwiegung gelangenden Wagen hervortreten, rutschte hierbei aus und wurde von den Puffern erfaßt. —

Salzte. (Die Arbeitslosen machten lange Gesichter.) Jetzt, wo alle Wege hoch mit Schnee bedeckt waren, dachten unsere Arbeitslosen, einige Pfennige mit Schneeschuppen verdienen zu können. Es kam aber anders. Eines Tages erschienen Schneepflüge, wie sie im Thüringer Walde u. a. D. verwendet werden, und säuberten die Wege. So etwas hatten die Arbeitslosen nicht erwartet. Also auch diese Arbeitsgelegenheit ist ihnen genommen. Wer wird sie ernähren? [3.]

Berlin. (Anarchisten verhaftet.) Arbeiter P. Groß und Tischler R. Weif, welche Sammellisten für den anarchistischen Unterstützungsfonds und Quittungskarten eines „Kommunistenbundes“ geführt haben, sind in Untersuchungshaft genommen. Bereits früher wurde bei Groß gehausucht. —

Frankfurt a. M. (Erstickt.) Durch einen Küchenbrand in einem Hause der Finkenhorststraße erstickten am Donnerstag mittag, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, eine 70jährige Frau Schmidt und zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen von 2 resp. 4 Jahren. —

London. (30 Menschen ertrunken.) Während des jüngsten Sturmes sind fünf Fischerboote aus Plymouth untergegangen mit insgesamt 30 Menschen. —

Rom. (Schneesturm.) In Celena (Provinz Foggia) stürzten infolge eines Schneesturmes 4 Häuser ein; 16 Personen wurden unter den Trümmern begraben, 8 blieben tot. Bei Pistoja wurde eine Frau erfroren aufgefunden. Starker Schnee fiel auch in Ravenna, Stresa, Santangelo und Lombardi, wo mehrere Dächer einstürzten, ohne Menschen zu verletzen. —

Toronto. (Die Eisenbahnbrücke eingestürzt.) Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Die Eisenbahnbrücke zwischen Durdas und Ontario brach in dem Augenblicke, als ein Zug dieselbe passierte, zusammen. Der Zug entgleiste. Drei Personen sind getötet, viele verwundet. —

Warschau. (Eisenbahnunfall.) In Folge falscher Weichenstellung ist bei der Station Dmurovskaja ein gemischter Zug der Rjasan-Wralbahn entgleist. Eine Lokomotive und zehn Waggons wurden zertrümmert. Vier Personen blieben tot, sieben sind schwer verletzt. —

Westlandern. (Beim Schlittschuhlaufen verunglückt.) Beim Schlittschuhlaufen ertranken in der Nähe von Faringhe (Westlandern) drei junge Mädchen. —

Partei-Nachrichten.

An den 15 **Protest-Versammlungen** gegen die Umsturzvorlage in Hamburg am vergangenen Montag haben nach Schätzung des „Echo“ 30 000 Personen teilgenommen. — Ueberhaupt regen sich jetzt allerorts die Arbeiter die Vorlage eingehend zu besprechen. —

Strafungen, Verfolgungen etc.

Die Regierung in Breslau entschied auf eingelegte Beschwerde, daß **Eintrittsgeld** bei Versammlungen zu erheben sei, da diese „Sammlung“ nicht unter den Begriff „verbotene Kollekte“ falle. —

Konfiszirt wurde in einer Berliner Buchhandlung Corvins Pfaffenpiegel (5. Auflage). Trotzdem und alledem wird die Uhr der Zeit nicht zurückgedreht werden können. —

Wegen Beleidigung des Polizei-Inspektors Richard Stendal wurde Genosse Emil Schade-Stendal vom Landgericht Magdeburg mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. Dem Beleidigten wurde auch die Publikationsbefugnis zugesprochen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 12. Januar 1895.

Die **Kassierung der Mandate** der Abgeordneten Meiß (Lennep-Weitmann) und Greiß (Königs-Land), welche wir kurz besprochen, ist auf grobe Beschöde der Behörden zurückzuführen. Dem hiesigen Wortlaut des Gesetzes entgegen, wonach die Reichstags-Wahlkreise nur durch ein Gesetz abgeändert werden dürfen, sind nämlich bei einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen solche Änderungen auf dem Verwaltungsweg vorgenommen worden. Das geschah in Köln, indem die inkompetent-vorgehenden Gemeinden dem Wahlkreise ab- und dem Stadtkreise zugelegt wurden. Es handelte sich dabei um über 14 000 Wähler. Ebenso wurde die Gemeinde Sonnborn dem Kreise Elberfeld zugelegt, während sie früher mit Lennep-Weitmann hinhin. Beide Kreise wurden erst in der Stichwahl erodert. Unserer Partei erwachsen durch die Neuwahl bedeutende Kosten. Im Plenum wird die Frage aufgeworfen, wer für die Kosten aufzukommen hat. Wir glauben nicht, daß die Behörde, deren Verschulden wir die nicht unbedeutenden Ausgaben verdanken, ihr Erscheinen zur Erhaltung derselben beitragen wird. Soweit sind wir in Preußen-Deutschland noch nicht. Esentlich gelingt es unseren Genossen, den Wahlkreis Lennep-Weitmann, so früher in Händen der freiwiligen Volksparteiler lag, wieder zu erobern. Für Sonntag sind bereits mehrere Versammlungen im Kreise einberufen. —

Die nationalliberale Fraktion hat folgende Interpellation im Reichstag eingebracht: „Was denkt der Herr Reichskanzler zu thun angesichts der vielfachen Klagen über den mangelnden Schutz der Deutschen im Auslande, insbesondere in Centralamerika? ...“

Die Reichstagswahl für den Wahlkreis Magdeburg-Lydenburg-Johannisburg ist auf den 23. Februar anberaumt worden. Die Bundesratsauschüsse beschäftigen sich gegenwärtig mit dem Gesetze über die Regelung des Finanzwesens und der Tabaksteuer.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Wahlprüfungskommission kassierte gestern auch die Wahl des Abg. Kaffelmann (natl.).

Berlin. In den 17 Volksversammlungen, welche Freitag in Berlin und Umgegend tagten, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt: Die dem Reichstag vorgelegte Umsturzvorlage ist ein schlagender Beweis für den immer volks- und kulturfeindlicher werdenden Geist der Regierungen und herrschenden Klassen.

Die Vorlage ist weiter ein Zeugnis für die vollkommene Ratlosigkeit und Unfähigkeit der herrschenden Klassen und Gewalten gegenüber dem immer dringender zu Tage tretenden Verlangen der ausgebeuteten Klassen

nach gründlicher sozialer Reformarbeit, das mit jedem Tage mehr hervortritt, anders als auf dem Wege neuer Gewalt- und Unterdrückungsmaßregeln entgegenzukommen.

Die Vorlage bedeutet somit eine vollkommene Bankrotterklärung des herrschenden politischen und wirtschaftlichen Systems, das sich immer unfähiger erweist, höheren Kulturansprüchen gerecht zu werden und die Ruhe des Reichshofes erzwingen will.

Diese Bestrebungen fordern Alle, die Freiheit und Gerechtigkeit lieben, heraus, nicht nur diesen Angriff auf unsere so kümmerlichen Volksrechte auf das Entschiedenste zu bekämpfen, sondern um so energischer für eine Ausdehnung der Volksrechte im Sinne des Programms der Sozialdemokratie einzutreten.

Indem die Versammlung nachdrücklich gegen eine Vorlage Protest erhebt, die eines modernen Staatswesens unwürdig ist, spricht sie zugleich aus, daß sie jeden Funken von Vertrauen zu einem Regierungssystem verloren hat, das eine solche Vorlage einbringen konnte und daß sie jeden als Kultur- und Volksfeind betrachtet, der dieser oder einer ähnlichen Vorlage seine Zustimmung giebt.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc. Feilshauer Versammlung. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr wird bei Großm. Kl. Klosterstr. 15/16, eine öffentliche Versammlung

für alle in der Feilenindustrie beschäftigten Meister und Gesellen stattfinden. Dieselbe wird sich mit den in letzter Zeit überhand genommenen Fällungen in der Aktien-Feilenfabrik Sangerhausen, Filiale Magdeburg, beschäftigen und event. Stellung hierzu nehmen. Fürst aller Meister und Gesellen dieser Branche ist es, hier zu erscheinen, und für diese Versammlung zu agieren.

Ueber die Technik des Naturheilverfahrens hält Herr Dr. med. Hüschfeld hier am Montag abend im Saale des „Café Hohenzollern“ in einer Versammlung des Naturheilvereins „Briesnitz“ einen öffentlichen Vortrag. Die zu schildernden Anwendungsformen werden praktisch vorgeführt, sodaß der Vortrag für Freunde des Naturheilverfahrens und solche, die dasselbe kennen lernen wollen, von besonderem Interesse ist.

Telegramm.

Berlin, 12. Januar, 2 Uhr 45 Min. (Reichstag.) In der heutigen Verhandlung sprachen zunächst die Abgg. Berno und Spahn (Centr.). Ersterer verteidigt die Fuchsmühlener Affaire, letzterer will die Vorlage umgestaltet wissen. Der Reichskanzler, welcher nach ihnen das Wort nimmt, hält die Vorlage für notwendig, da weite Kreise der Bevölkerung bedroht seien. Ebenso spricht Leuthner (kons.) für die Vorlage. Nach ihm wird Frohne (Soz.) zum Wort kommen; auch Singer hat sich noch zum Wort gemeldet. Das Ende der Debatte ist bis zur Stunde nicht abzusehen.

Soeben erschienen:

Wilhelm II., Kurfürst von Hessen. Nr. 19 der Sammlung Gekrönte Häupter.

- Nr. 1 (Katharina II von Rußland). Preis 20 J. Konfisziert gewesen. Wieder freigegeben.
Nr. 2 (August der Starke v. Sachsen). Preis 20 J.
Nr. 3 (Papst Alexander VI.) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 4 (Carl Leopold von Mecklenburg) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 5 (Ludwig XIV. von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 6 (Philipp II von Spanien) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 7 (Friedrich Wilhelm II von Preußen) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 8 (Heinrich VIII von England) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 9 (Elisabeth von Rußland) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 10 (Louis Philipp von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 11 (Papst Julius II.) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 12 (Friedrich II. von Preußen) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 13 (Caligula) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 14 (Ludwig XV. von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 15 (Friedrich Wilhelm IV. von Preußen) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 16 (Zwan der Schreckliche von Rußland) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 17 (Néron Napoleon, König von Neapel) 64 Seiten. Preis 20 J.
Nr. 18 (Isabella II. von Spanien) 64 Seiten. Preis 20 J.

Gekrönte Häupter

Nr. 1-19 der Sammlung „Gekrönte Häupter“ sind zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volksstimme“, sowie durch deren sämtliche Kolporteurs.

Circa 120 Centner nur gute

moderne Waren sind im Laufe der Woche neu eingetroffen und kommen dieselben zu außergewöhnlichen billigen Preisen zum Verkauf.

Eine Partie einzelne Handschuhe, Tischtücher, Servietten, nach Gewicht gekauft, fabelhaft billig.

A. Karger

Gelegenheitskauf-Geschäft 8 Große Marktstraße 8.

Durch die Buchhandlung der „Volksstimme“, sowie deren sämtliche Kolporteurs noch zu beziehen:

Gustav Adolf.

Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter.

Von Franz Mehring.

Preis 30 Pf.

Preis 30 Pf.

Inhalt: 1. Allgemeines. — 2. Jesuitismus, Calvinismus und Lutherismus. — 3. Die Epochen der deutschen Reformation. — 4. Der dreißigjährige Krieg. — 5. Gustav Adolfs schwedische Politik. — 6. Gustav Adolfs deutsche Feldzüge. — 7. Gustav Adolfs historische Stellung. — 8. Der Gustav-Adolf-Kultus.

Man kauft:

Table listing various types of shoes and boots with prices, such as Kinder-Schuhe, Damen-Stiefel, etc.

J. Rosenberg, Magdeburg, Bärstraße.

Kanarienhähne und Weibchen zu verkaufen Kl. Schulstr. 12, S. I. II. Höfel.

Frischen Schellfisch, alle geräucherte, marinierte u. konservierte Fischwaren empfiehlt bürglich das Fisch- und Delikatess-Geschäft F. Freund, Dorotheenstr. 13.

Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobsstrasse 3.

Chrenenerklärung. Die Kampagnen, welche ich gegen Herr Hildebrand gebracht habe, nehme ich hiermit zurück. F. Lodei.

Arbeitsnachweis und Auskunfts-Bureau der Gewerkschaften Magdeburgs mit Zentral-Verberge Kleine Klosterstraße Nr. 15/16.

Kostenlose Arbeitsvermittlung und Auskunfts-erteilung in gewerblichen Streitfragen.

Gesucht werden:

- 1 Glaserlehrling, 1 Schneiderlehrling, 1 Tischlerlehrling, Schuhmacher, 4 tüchtige Mädchen für Küche und Haus.

Eine Schwarzdrossel zu verkaufen Kleine Schulstraße 12, S. I. II. Höfel.

Die Sudenburger Lederhandlung G. Arnold

Sudenburg, Michaelisstr. 10

Sohlen, Sohlenleder, Ansschnitt in bester Qualität und zu billigen Preisen. Ferner: Cord von 85 J an. Plüsch 1.40 J an. Filzplatten 1.30-1.50 J an. Einprägblätter in allen Sorten.

Zur Anfertigung von Grabsteinen aller Art empfiehlt sich H. Büchner, Neustadt, Hofstraße 14. 1155



Olga von's Ballet!

Donnerstag war zur Bedoute — juchhe! In der Flora ich unter die Nymphen, Da kam eine reizige Tarlatan-Fee Mit seltsamen besessenen Schimpfen. Sie sagte: „Herr Baron, ach gehen Sie mit mir In die Loge: wir wollen scapieren.“ Da rief einer plötzlich: „Das ist mein Barbier.“ Er that mich noch heute rasieren.“ Sie Flaumacher-Onkel, Sie ziehen man los.“ Sprach Olga und machte „as Gruppe.“ Der Frack sitzt dem Schanzschläger-Jünger festes. „Das übrige ist mir ganz schaupe.“ Willy, holder Jüngling, das bei Dir ich sei. „So will ich für's Abendbrot sorgen.“ Drum Heil sei alleine der „Goldenen Drei.“ Sie that mir den Leibrock besorgen!

Winter-Paletots von 9-36 Mk. an. Jackett-Anzüge von 14-49 Mk. an. Rock-Anzüge von 24-42 Mk. an. Jünglinge-Anzüge von 7-15 Mk. an. Knaben-Anzüge von 2.50-10 Mk. an. Ganz Jacketts u. Hosen von 3-12 Mk. an. Sämtliche Arbeiter-Garderobe zu Fabrikpreisen.

Billigste Einkaufsquelle Magdeburgs 3 Goldene Drei 3 nur allein Jakobsstr. 3 Ecke Kleine Marktstr.

Nach beendeter Inventur

habe ich sämtliche Waren ganz bedeutend in Preisen ermäßigt und bietet sich die günstige Gelegenheit zu außergewöhnlich billigen Einkäufen.

Ein großer Posten Damen-, Herren- und Kinder-Hemden vom Schaufenster, etwas unsauber, aber in prima Qualität, für die Hälfte des sonstigen Preises.

Große Posten Kester in Leinen, Hemdentuch, Domlas, Schürzenstoffen, Barquent, Flanel, Warp, Jalett, Bettzeugen, Gardinen.

Einzelne Handtücher, Tischtücher, Servietten zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Große Normalhemden von 60 J. Damen- und Herren-Kamisol von 45 J. Starke Herrenhosen von 60 J. Barquenthemden von 90 J.

Jagdwesten, Walkjaken, Kapotten jetzt ganz bedeutend unter Preis.

Infolge Rückgangs der Preise verkaufe ich von heute ab sämtliche

Futterstoffe, Baumwoll- u. Feinwaren 10 Prozent billiger wie bisher.

Berliner Engros-Lager D. Lichtenstein Jakobsstraße 34 Ecke Blaubeilstrasse.

Die lex Stumm.

§ 1. Den Sozialdemokraten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen.

§ 2. Sämtliche Agitatoren werden ausgewiesen. Mein Viehchen was willst du noch mehr.

Wie selbst das freisinnige „Berliner Tageblatt“ hervorhebt, ist der Uebermut des Herrn v. Stumm, dieses Industriebarons, nie so hoch und herausfordernd hervorgetreten, wie in der Sitzung am Mittwoch im deutschen Reichstage. Das uns feindlich entgegenstehende Blatt schreibt: Eine solche Sprache magt dieser Abgeordnete in einer sozial durchwühlten Zeit zu führen, wo nicht nur jede Maßregel, sondern auch jedes Wort von Agitatoren begierig aufgegriffen wird, um die Massen zum Zorn zu reizen. (Ist gar nicht nötig, aufreizender kann niemand reden als Herr v. Stumm. D. R.) Auf solche Weise schürt er die Erbitterung, die ohnedies schon hoch genug gestiegen ist, und wird wider Willen zum Begünstiger der Sozialdemokratie. Ein Sozialistengesetz verlangt er, aber eines mit eiserner Faust. Gewalt will er anwenden; denn mit geistigen Waffen sei nichts auszurichten.

Und warum dieses gewaltthätige Vorgehen? Herr von Stumm bezeichnet es als eine Illusion naiver Seelen, anzunehmen, daß die Sozialdemokratie zuletzt nur die Hebung der arbeitenden Klassen anstrebe und auf dem Wege sei, sich in eine, wenn auch radikale Reformpartei umzuwandeln. Sie ist, sagt er, eine Partei der Revolution; sie erhebt die Unfittlichkeit zum Prinzip; sie predigt Meineid, freie Liebe, Mord und Brand; sie verherrlicht die spanischen und die sonstigen Anarchisten; sie schleift den Dolch, den andere zücken, und wenn es sein muß, zückt sie ihn selbst. Zum Beweise dessen beruft er sich auf Marx, auf Engels und auf andere Zeugen, die Hans Blum in seinem bekannten Buche aufführt. Gegen eine so furchtbare Parteirichtung aber müssen nach seiner Meinung auch so furchtbare Abwehrmittel, wie er sie vorschlägt, angewendet werden.

Also ist Herr v. Stumm gegen die Regierungsvorlage? Man sollte es meinen; denn so rauh sie dreinfährt, hinter der lex Stumm bleibt sie doch noch meilenweit zurück. Doch nein, als einen ersten Schritt zur Befundung acceptiert er auch dieses „überaus milde und maßvolle“ Gesetz, in der Erwartung, daß die Zukunft seinen Idealen mehr Gerechtigkeit werde widerfahren lassen.

Aber er begnügt sich nicht, die Sozialdemokraten politisch abzutöten. Auch die Professoren der Nationalökonomie und gewisse Geistliche sollen daran glauben. Sind sie es doch, welche die Vorstellung von der Reformbedürftigkeit der bestehenden Arbeitsbedingungen rege erhalten und für eine soziale Reform die Gemüter zu gewinnen suchen. Sie sind die Vorreiter auf den Bahnen, die die Sozialdemokratie wandelt. Also fort mit ihnen! Wer keine Kliden haben will, denkt Freiherr v. Stumm mit dem Fürsten Bismarck, muß die Eier zerbrechen. Und noch eine Kategorie gefährlicher Menschen gilt es zu vernichten; das sind die Künstler. Was heute malend oder meißelnd die Menschenhand hervorbringt, was heute die dichterische Phantasie erzeugt, hat sehr oft eine soziale Färbung. Anathema sit. Wie können Hauptmanns „Weber“ unter den Augen der Polizei auf der Bühne dargestellt werden! Das ist ein Verbrechen an der Majestät des Fabrikpatschas, welches Sühne verlangt. Das Anwendungsgebiet von Umsturzvorschriften wird also, wie man sieht, von Herrn v. Stumm recht weit umrissen. Und die Befürchtungen der Sozialdemokratie rechtfertigen sich.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Was geht vor? Unter dieser Epigramme gaben wir vor einiger Zeit die Schlussbemerkungen eines Artikels wieder, den Genosse Sperka im „Handschuhmacher“ veröffentlichte. Dieser Artikel richtete sich gegen die Generalkommission und sprach in einer geheimnisvollen Weise von deren „großen, nicht realisierbaren Plänen“, „ungeheuerlichen Projekten“, über die der Artikelschreiber (Sperka) „im Interesse der Generalkommission Schweigen beachten“ müsse. — Wir knüpften an diese dunklen Andeutungen unsererseits die Bemerkung, daß es wohl nur einer Anregung bedürfe, um die beteiligten Kreise zu veranlassen, Aufklärung zu geben und zu betonen, daß innerhalb der Klassenbewußten Arbeiterschaft nichts vorgehe, was das Licht der Offenlichkeit zu scheuen brauche. In Nr. 1 des „Korrespondenzblattes“ vom 7. Januar nimmt nun die Generalkommission Veranlassung, folgende Aufklärung über die Angelegenheit zu geben: Die Generalkommission hielt im September v. J. Umfrage bei den Zentralvorständen bezüglich Abhaltung eines Gewerkschaftskongresses im Jahre 1895. Es wurde unsererseits ein Kongreß für überflüssig gehalten, wenn er sich nur mit dem Bericht der Generalkommission und der Organisationsfrage beschäftigen sollte. Wir schlugen deshalb vor, auf einem Gewerkschaftskongreß auch die Vereinsgesetzgebung, Arbeiterschutz-Gesetzgebung, das Fabrikinspektorat und die Unfallverhütung und Unfallversicherung zu besprechen oder von Einberufung eines Gewerkschaftskongresses Abstand zu nehmen. Einer weitläufigen Erklärung unseres Vorschlages bedarf es nicht. Die Parteitage können sich unmöglich so eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, wie dies für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter notwendig ist. Da nun vorauszuversetzen ist, daß unsere Vorschläge zu einer weitgehenden Einigung führen würden und Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen könnten,

welche den Gewerkschaften nicht dienlich wären, so nahmen wir davon Abstand, dieselben in der Presse zur Diskussion zu stellen, vielmehr wollten wir erst in Erfahrung bringen, wie die Vorstände der Zentralisationen darüber denken und suchten deren Meinung durch persönliche Umfrage zu erfahren. Da die Vorstände sehr geteilter Meinung über unsere Vorschläge waren und in der Mehrzahl einen Kongreß für überflüssig hielten, so wurde unsererseits die Sache fallen gelassen. Es lag aber kein Grund vor, jetzt nach Erledigung der Angelegenheit, dieselbe durch die Presse bekannt zu geben, weil, wie schon erwähnt, eine weitere Diskussion zwecklos war und für die Gewerkschaftsbewegung wenig von Nutzen sein konnte. Aus demselben Grunde hatten wir auch die Vorstände ersucht, die Sache nicht zu veröffentlichen. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht.) Der Handelsmann F. E. zu Egeln erhielt wegen Urkundenfälschung 3 Monate Gefängnis. — Wegen wissentlichen Meineides wurde die unverehelichte Näherin S. S. zu 1 Jahr Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auch wurde ihr die Fähigkeit abgesprochen, als Zeugin und Sachverständige vernommen zu werden. — Wegen wissentlichen Meineides und Anstiftung dazu sind angeklagt: 1. die Witwe W., Karoline geb. S., geb. 1825, ev. und unbestraft, 2. der Armenhäusler F. B., geb. 1823, ev. und vorbestraft. Die Geschworenen sprachen B. frei, dahingegen wurde die Angeklagte W. zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und dauernder Unfähigkeit, als Zeugin oder Sachverständige vernommen zu werden, verurteilt. —

§ Magdeburg. (Landgericht.) Der Gelegenheitsarbeiter H. P. hier, geb. 1862, erhielt wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle 3 Monate Gefängnis. — Der frühere Badeanstaltsbesitzer R. G. hier, geboren 1850, erhielt wegen Unterschlagung und Arrestbruchs 6 Monate Gefängnis. —

§ Berlin. (Begnadigt!) In der **Duellfache** Roewer gegen de la Croix ist dem Polizeiaffessor v. Ploetz, welcher als Kartellträger des Dr. Roewer fungiert hatte und deswegen durch Urteil der 7. Strafkammer des kgl. Landgerichts I Berlin vom 24. September 1894 zu einem Monat Festungshaft verurteilt worden war, die gegen ihn erkannte Strafe nebst den Kosten des Verfahrens durch kaiserliche Kabinettsordre vom 6. Dezember 1894 im

Gnadentwege

erlassen worden. Wie wir sündhaften Sozialdemokraten, welche man nach Stummscher Ansicht ihres Wahlrechts berauben und nach Kamerun schicken möchte, über das Duell denken, das haben unsere Leser erst jüngst aus den Reden unserer Genossen Bebel und Auer erfahren. Wohl steht dem deutschen Kaiser das Recht der Begnadigung zu, ob aber Begnadigungen im vorgedachten Sinne geeignet erscheinen, dem Kampfe gegen Sitte, Religion und Ordnung die Position zu erleichtern, ist eine Frage, die unschwer zu beantworten ist. —

Militaria.

Berlin. (Unteroffiziermangel.) Die Zahl der Unteroffiziere der Reserve hat sich bei verschiedenen Regimentern als unverhältnismäßig gering ergeben. Es sind deshalb die betreffenden Bezirkskommandos angewiesen worden, Reservisten, die als Sekreite zur Reserve übergetreten sind, je nach Erfordernis nachträglich zu Unteroffizieren zu befördern. —

Berlin. (Neue Kasernen.) Die Militärverwaltung plant erstlich in Spandau den Bau von Kasernen für das jetzt noch in Küstrin stehende 2. Bataillon des Garde-Juchartillerie-Regiments und das 3. Brandenburgische Pionierbataillon, das, obwohl zum 3. Armeekorps gehörig, immer noch in Torgau liegt. Außer den Hauptplänen für die Kasernements braucht der Militäriskus für die genannten Truppenteile auch umfangreiche Übungsplätze, von denen der für die Pioniere an der Havel besetzen sein muß. Die Garnisonverwaltung hat neuerdings die Stadt um Angebote von geeigneten Terrains ersucht. — Neue Kasernen, neue Gefängnisse, Vergrößerung der bestehenden, neue Kirchen, das sind die in Deutschland sich mehr und mehr bemerkbar machenden Aufgaben der Kultur. So, wir leben im Zeichen des Umsturzes — alles stürzt; nur der Sozialismus, dessen Fundament unerschütterlich, stürzt nicht, steht fester denn je — um uns bildlich auszudrücken — und hat neue Bausteine erhalten im Kampfe gegen den Umsturz. Die Reden unserer Gegner im deutschen Parlament sind Bausteine, welche unser Gebäude vor dem Zusammenbruch schützen. —

Bayreuth. (Erschossen.) Sergeant Heinemann vom 6. Chebeauzleger-Regiment erschoss sich. Motive zur Zeit unbekannt. —

Seestemünde. (Getödt.) In einem Pistolenduell tötete der Kapitänleutnant Burski den Korvettenkapitän Mittler. (Sies die Rede Auer, in der dieser Duellung in dem christlich-germanischen Deutschland gebührend gewürdigt wurde.) —

Goldap. (Einen Soldaten erschossen.) Der bei der 10. Kompanie des 59. Infanterie-Regiments stehende Vicefeldwebel K. hatte sich am Nachmittag mit einem Gefreiten nach der unweit gelegenen Ortschaft Kosweden auf die Jagd begeben. Auf dem Heimwege entlud sich beim Ueberspringen eines Grabens das Gewehr des Feldwebels, und die ganze Schrotladung ging dem nur wenige Schritte vor ihm befindlichen Gefreiten durch den Rücken in die Brust. Der Tod trat augenblicklich ein. Der Feldwebel

mußte, wie das Berliner Tageblatt schreibt, da er sich das Leben nehmen wollte, in Gewahrsam genommen werden. —

Karlsruhe. Ein Wachtmeister des 1. Badischen Leibdragonerregiments Nr. 20 hier ist wegen Unterschlagung in Untersuchung genommen worden. Derselbe soll bei den letzten Manövern größere Summen unterschlagen haben. —

Magdeburg. (Harte Strafe.) 18 — achtzehn — Monate Gefängnis erhielt ein Musketier der 7. Komp. des 26. Inf.-Reg., weil er einen Diebstahl ausgeführt und dann aus der Kaserne geflüchtet war. Ob der Diebstahl zwecks der Flucht ausgeführt wurde, ist leider nicht zu ermitteln gewesen. Nach Äußerungen eines in der Scharnstraße wohnenden Schuhmachermeisters S., zu dem der Soldat in seiner Angst lief, wollte der Musketier noch einmal seinen Vater besuchen und dann — seinem Leben ein Ende machen. —

Magdeburg. (Fahnenflucht.) Ein fahnenflüchtiger Soldat von einem hiesigen Regiment wurde im Walde von Pulsforda (Kreis Jerbst) festgenommen. Mit welcher Freude er wohl wieder in seine Kaserne zurückkehren mag? U. m. („Ungehorsam abwesend.“) Das Kommando des Feldartillerie-Regiments Nr. 13 erläßt einen Steckbrief gegen einen seit 29. Dezember v. J. aus seiner Garnison Ludwigsburg „ungehorsam abwesenden“ Unteroffizier der 11. Batterie. —

Weingarten. (Soldatenmißhandlungen.) Nach dem „D. Anz.“ ging das Gerücht, ein Soldat der hiesigen Garnison sei vom Unteroffizier Junker der 12. Kompanie so gewaltig auf den Kopf geschlagen worden, daß eine Ader sprang und der Mann jetzt geistig unnachgiebig sei. In Wirklichkeit ist nach dem genannten Blatte dem von Bogenweiler gebürtigen Soldaten von Junker der Helm mit solcher Wucht auf den Kopf gesetzt worden, daß er infolge hiervon Nasenbluten und heftiges Kopfwies bekam und ins Lazarett mußte, aus welchem er jedoch schon längst als vollständig gesund wieder entlassen wurde. Junker sei wegen Soldatenmißhandlung zu 14 Tagen Festungsgefängnis und Degradation verurteilt worden. —

Ziegenhals. (Erschossen.) Lieutenant v. Jordan hat sich durch zwei Revolverkugeln getödtet. —

Zeichen der Zeit.

Doppelselbstmordversuch. In Halle versuchten zwei Geschwister zuerst durch Einnehmen von Opium, und als dies nicht wirkte, durch Aufschneiden der Pulsadern sich das Leben zu nehmen. Warum diese That? Zur Beantwortung dieser Frage zitieren wir den Bericht der „Magdeburgischen Zeitung.“ Dieses Fabrikantenblatt giebt seinem in Lust und Freude dahinlebenden Leserkreise folgende Auskunft: „Die drei Geschwister standen im Alter von 42, 38 und 35 Jahren; sie waren von Halberstadt hierher verzogen und lebten in sehr dürftigen Verhältnissen, ohne sich dies groß merken zu lassen. Die beiden Schwestern stellten für hiesige Geschäfte; von dem nicht zu reichlich bemessenen Verdienste bestritten sie den Lebensunterhalt, die Miete und den Unterhalt für den Bruder, einem im Staatsexamen stehenden Mediziner. Durch die Krankheit der älteren Schwester wurde die Not immer größer, so daß es den Geschwister oft am nötigsten fehlte. Als nun vorgestern Abend die ältere Schwester starb, beschloßen in ihrer Verzweiflung die beiden jüngeren Geschwister sich zu töten und der Schwester zu folgen. Zuvor benachrichtigte der Bruder einen befreundeten Arzt von dem Schritte; den Brief erhielt dieser erst am anderen Morgen. Die Geschwister nahmen zunächst Opium; da dieses nicht wirkte, schnitten sie sich die Adern am Arm durch, um sich selbstbluten zu lassen. Als der Arzt am anderen Morgen den Brief erhielt, eilte er sofort in das Haus, in dem die Geschwister wohnten, benachrichtigte den Hauswirt und machte sich mit diesem daran, die verschlossene Wohnung zu öffnen. Da dies nicht gelang, so mußte der Weg durch ein eingeschlagenes Fenster genommen werden. Die beiden Geschwister lebten noch; sie wurden verbunden und ohne Aufenthalt nach der Klinik geschafft. Ihr Zustand ist zwar bedenklich, doch soll Hoffnung zu ihrer Wiederherstellung vorhanden sein.“ Motive der Selbstmorde: — Not — Not und abermals Not! Wie lange sollen solche Zustände noch dauern? —

Ein neues Gefängnis. Der Bau der neuen Gefangenen-Anstalt in der Jungfernhöhe am Treffpunkt der Tegeleer Chaussee und des Spandauer Weges bei Berlin wird mit dem neuen Etatsjahr in Angriff genommen. Dies Gefängnis ist, wie schon früher gemeldet, als Filiale und zur Entlastung der Strafanstalt in Blöhensee anzusehen und auf 1500 Personen berechnet, also im größten Stille geplant. —

Folger des Notstands. In einer Versammlung des Kaufmannischen Vereins in Necklinghausen wurde, wie man uns von dort schreibt, mitgeteilt, daß in dem nahen Bruch 33 Kolonialwarenhändler an 700 namentlich gemachten Kunden über 100000 Mark verloren hätten. Es soll jetzt ein schwarzes Buch eingeführt werden. —

Auch ein Dieb aus Not. In der Domstraße in Offenbach entriß gestern Morgen ein hungernder Mensch zwei Fabrikantendchen ihr Frühstückbrot und suchte damit das Weite. Diese Verzweiflungsthat ist ein beklagenswerter Beweis für den herrschenden Notstand.

Aus Nahrungsvorgen erschossen in Hausdorf (Kr. Waldenburg) die Fabrikarbeiterfrau Neumann: ihre beiden Söhne von 10 und 12 Jahren und durchschien sich selbst hierauf die Pulsadern. Sie starb an Verblutung.

Litteratur.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Expedition in Berlin SW., Rauch-Straße 2). Die Nr. 2 vom 10. Januar ist erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Wochenchau. — „Anforderung zu Verbrechen“. — Was lehrt uns der Tag der Beichtaufend? — Aus dem Reichstag. — Zur Wandlungsbewegung in Deutschland. — Der Kongress des holländischen „Sozialistenbundes“ im Haag — Unabhängige und Anarchisten. — Gewerkschaftliches. — Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieß Verlag) ist erschienen das 15. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem In-

halt heben wir hervor: Das Erbe des Vierkrieges — Die politische Reflexe, nebenbei Gewerbe-Inspektion im Jahre 1893. Von Dr. Max Duard (Erfurt) — Freischnes „Deutsche Geschichte“. Von Franz Mehring. I. — Von der „Gleichzeit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. F. W. Dieß Verlag) ist uns zuobten die Nr. 1 des 5. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Neues Jahr, neue Kämpfe, neue Siege. — Wer hat dem Werk gegeben. — Frauenrechtlerische Harmoniebesetzung. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Feuilleton: Elyseumnacht. Von Ma. Claffen. — Arbeiterinnen-Bewegung. —

Guter Rat für Nordpolfahrer.

Wenn Dich auf Deinen Fahrten Bedrückt ein großer Red, Sing' ihm den Sang an Keale — Gleich reißt er aus — vor Schred.

Städtisches Museum, Domplatz 5: Geöffnet an jedem Sonntage von 11 bis 2 Uhr, an den Wochentagen mit Ausnahme des Montags von 11 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. Samstags und Mittwochs freier Eintritt, an den übrigen Tagen Entree 50 Pfg., Schüler 20 Pfg.

Reste Buckskin u. Kleiderstoffe

ganz bedeutend unter Preis.
J. Kirstein
Br. Weg 181, 1 Cr.
Eingang Himmelreichstraße.

Ballstoffe, Leinen- und Baumwollwaren.

Georg Friedr. Ruppin

Buckau Schönebeckerstraße 107a Buckau.

Preisermäßigung!!

Der jetzigen Zeit angemessen, habe die Preise meiner sämtlichen Artikel in der Weise ermäßigt, so daß (in Berücksichtigung meiner kleinen Geschäftskosten) mit dem kleinsten Nutzen verkaufen kann.

Ich erlaube mir ferner zu bemerken, daß insgesamt stets nur gute und haltbare Qualitäten führe, und bitte ich das geehrte Publikum, sich von den wirklich enorm billigen Preisen gütigst überzeugen zu wollen.

Größte, anerkannt beste und billigste Einkaufsquelle für Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe, Hüte und Mützen.

Großer Umsatz. Streng reelle Bedienung. Kleinster Laden.

Georg Friedrich Ruppin

Buckau Schönebeckerstr. 107a Buckau.

Masken-Garderobe

von C. Franke

Hauptwache 3, Gnaana gr. Marktstr., sowie Sudbg., Kurfürstenstr. 34 empfiehlt seine hoch elegante Maskengarderobe bei billigster Preisstellung und promptester Bedienung. 29



Franz Brück Nachf.

Magdeburg,

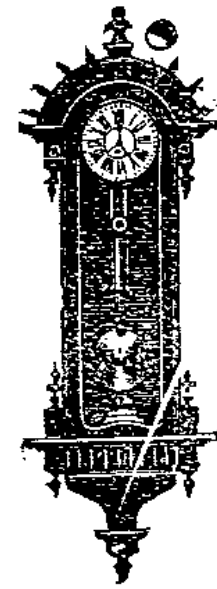
24/25 Stephansbrücke 24/25,

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in allen Arten

Regulatoren, Pendulen, Wand- und Taschenuhren,

Ketten, sowie alle Arten Goldwaren,

per Komptant, auch wöchentliche resp. monatliche Teilzahlung gestattet ohne Preisermäßigung. Mit 2jähriger Garantie. 26



Masken- u. Theater-Garderobe

von C. Thumann

nur Rothekebsstr. 3, nicht mehr Petersstr.

empfiehlt einem hiesigen und auswärtigen Publikum ihr großes Lager von Kostümen und Derwischen zu den billigsten Preisen. Derwische von 50 Pfg. an. Besandt nach auswärt. Nur Rothekebsstrasse 3. 18



Naturheilverein Neue Neustadt.

General-Versammlung Montag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Weißen Hirsch.

1. Vorstandswahl. 2. Jahresbericht. 3. Verschiedenes.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

Verband Magdeburger Naturheil-Vereine.

Naturheilverein Priessnitz. Montag, den 14. Januar 1895, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Café Hohenzollern

öffentlicher Vortrag über:

Die Technik des Naturheilverfahrens

(mit praktischen Demonstrationen).

Referent: Herr Dr. med. Hirschfeld, hier.

Freie Verbreitung und Freizutritt.

Bekanntmachung.

Manfred Wittich

aus Leipzig

spricht in zwei Versammlungen des Allgemeinen Arbeiter-Vereins für Magdeburg und Umgegend.

Am Montag, den 14. Januar 1895, abends 8 Uhr in „Graß's Garten“, Schrotestraße 1 „Gerhard Hauptmann's Weber.“

Am Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28 Heinrich Heine's Leben und Wirken.

Wir machen auf diese Vorträge ganz besonders aufmerksam und hoffen auf reichlichen Besuch. Mitglieder-Einzeltickets werden in beiden Versammlungen abgegeben. Der Vorstand.

Öffentliche Schneider-Versammlung

am Montag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr

im Bürgerhaus, Stephansbrücke.

Tages-Ordnung:

1. Die kapitalistische Produktionsweise und ihre Einwirkung auf die Arbeiter.
2. Wahl eines Extraratsmanns.
3. Berichtlesen.

Der Einberufer.

Im weißen Hirsch

Heute Sonntag: Tanz.

Musik von einer neuen, gut besetzten Kapelle.

wozu ergebenst einladet

H. Meyer.

Buckau.

Buckau.

Thalia

Heute Sonntag Tanz.

H. Brune.

Friedrichslust.

Heute Sonntag: Tanz-Musik.

Ergebenst ladet ein

W. Gens.

Redoute

Montag, den 4. Februar statt.

Zerbster Bierhalle

Heute Sonntag:

Öffentlicher Tanz.

Franz Köstgedt.

Wohn. zu 36-48 Thlr. u. einz. Stube zu vermieten Neustadt, Charlottenstraße 22.

Standesamt.

Magdeburg, den 11. Januar 1895

Aufgebot: Schiffer August Wilhelm Franz Juch mit Marie Alma Beder in Alten. Arb. Richard Schme mit Friederike Rippl hier. Arbeiter Wilhelm Hohenburg in Sudenburg mit Elise Krüger hier. Arb. Wilhelm Wilsch mit Johanne Weimede, geb. Grabau, in Gr.-Salze.

Geburten: Paul, S. des Kofferträgers Friedrich Spiegel. Hermann, S. des Photographen Hermann Schüller. Richard, S. des Maschinisten-Bureau-Assistenten August Schulte. Helene, T. des Arb. Hermann Dünne. Hans, S. des Arb. Karl Stein.

Todesfälle: Luise, T. des Arbeiters Paul Reinwald, 5 J. 7 M. 3 T. Luise geb. Thiele, Ehefrau des Schuhmanns Karl Steinhaus, 34 J. 9 M. Julius Krüger, Arbeiter, 41 J. 5 M. 8 T. Klara Neumann, unverheiratet, 50 J. 6 M. 6 T. Paul, S. des Arbeiters Wilhelm Wier, 4 J. 8 M. 3 T. Marie, T. des Arbeiters Max Zimmer, 3 J. 2 M. 8 T.

Magdeburg, den 11. Januar 1895.

Aufgebot: Fabrikarbeiter Jos. Egan mit Katharine Wiedel hier.

Geburten: Richard, S. des Arbeiters August Wegmann. Emma, T. des Arb. August Hartung. Johannes, S. des Fabrikinspektors Wilhelm Frey. Otto, S. des Bäckermeisters Otto Bränner. Martha, T. des Arb. Friedrich Stannbein.

Todesfälle: Josef Fiolka, Arbeiter, 43 J. 1 M. 6 T. August, S. des Arb. Philipp Corbie, 6 J. 6 M. 12 T. Barbara, unehelich, 9 J. 3 M. 24 T. Otto, S. des Ehebauers Otto Wilde, 1 M. 13 T.

Buckau, den 11. Januar 1895.

Aufgebot: Gattlermeister Richard Otto Müller hier mit Charlotte Marie Wilhelmine Soigt in Magdeburg-Wilhelmstadt.

Geburt: Elisabeth, T. des Schlossers Otto Wehlig.

Todesfälle: Auguste geb. Schrader, Ehefrau des Portiers Ferdinand Doffan, 62 J. 1 M. 26 T.

Neustadt, 11. Januar 1895.

Aufgebot: Röttcher Friedrich Max Beder mit Johanna Heßche.

Geburten: Helene, unehelich. Otto, S. des Schlossers Hermann Dietrich. Rich., S. des Schuhmachers Wilhelm Thoma. Rudolf, S. des Arbeiters Reinhold Dieker. Else, T. des Weißgerbers August Zimmermann. Gustav, S. des Arb. Joh. Jacob.

Todesfälle: Wwe. Bengner, verwitwet geb. Thiele 83 J. 5 M. 14 T. Ehefrau des Paul. Dachhofs-Portiers Bernhard Trend, Luise geb. Leib, 63 J. 8 M. 16 T. Emil, S. des verstorbenen Bureau-Schreibers August Gallrein, 1 J. 11 M. 18 T.

Der Landbote

Unabhängiges Organ für die Interessen der Landbewohner.

(Beilage zu Nr. 11 der Magdeburger „Vollstimme“.)

Der „Landbote“ erscheint Sonntags als Beilage der Magdeburger „Vollstimme“. Herausgeber: H. Baumüller, Magdeburg. Druck von E. Arnoldt, Magdeburg.

Magdeburg, 13. Januar 1895.

Inserate für den „Landboten“ müssen bis Freitag mittig ausgegeben werden. Für den Inseratenteil verantwortlich: Carl Sanftan, Magdeburg. Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Unlauteres Wettbewerb.

Wie berichtet, ist der Entwurf eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb seitens der Reichsverwaltung fertiggestellt und den Bundesregierungen mitgeteilt worden. Nach Prüfung des Entwurfs durch die Regierungen wird über die Vorlage im Bundesrat Entscheidung gefaßt werden. Der Entwurf hat in den Hauptbestimmungen den nachfolgenden Wortlaut:

§ 1. Wer es unternimmt, im geschäftlichen Verkehr durch unrichtige Angaben inhaltlicher Art über die Beschaffenheit oder die Preisbestimmung von Waren und gewerblichen Leistungen, über die Beschaffenheit von Waren, über den Preis von Auszeichnungen, über die Menge der Vorräte oder den Inhalt zum Verkauf den Anschein eines besonders günstigen Angebots herbeizuführen, kann auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden.

Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbetreibenden, der Waren oder Leistungen gleicher Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, und von Verbänden Gewerbetreibender geltend gemacht werden. Zur Sicherung des Anpruchs können einstweilige Verfügungen erlassen werden, auch wenn die in den §§ 814, 819 der Zivilprozeßordnung beschriebenen besonderen Voraussetzungen nicht zutreffen.

Neben dem Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben haben die vorerwähnten Gewerbetreibenden auch Anspruch auf Entschädigung durch die unrichtigen Angaben verursachten Schäden gegen den Urheber der Angaben, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte.

Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind den Angaben inhaltlicher Art solche Veranschaulichungen gleich zu achten, die darauf berechnet sind, den Anschein eines Angebots herbeizuführen, und die durch die unrichtigen Angaben verursachten Schäden gegen den Urheber der Angaben, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte.

§ 2. Wer es unternimmt, in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, welche an einen größeren Kreis von Personen sich richten, durch willkürlich unvorteilhafte Angaben inhaltlicher Art über die Beschaffenheit oder die Preisbestimmung von Waren oder gewerblichen Leistungen, über die Menge der Vorräte oder den Inhalt zum Verkauf den Anschein eines besonders günstigen Angebots herbeizuführen, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

hat aufgeschwungen, die weder verdient verdienen, noch erst genommen, noch belacht oder nicht unter die Rubrik „Humoristische Gese“ gesetzt zu werden. Um aus dem Vereine sozialdemokratische oder anarchoistische Elemente fernzuhalten, sind folgende Maßregeln bei der Aufnahme neuer Mitglieder angenommen worden. Wenn eine Neuaufnahme erfolgt, werden Kameraden beauftragt, „scharfe“ Erhebungen über den Angeworbenen einzuleiten. Ist der Neuling aufnahmefähig, dann wird er nicht, wie einst die Bauern, an den Schwanz gefesselt, sondern sein Name wird auf eine Tafel geschrieben. Dann muß er erst zwei Versammlungen besuchen, damit er seine Echtheit bewundern lassen kann; selber sind in dem Vereine keine Gedankensleser. (Vielleicht tritt der Brecht Herrn König Stumm um Befreiung solcher gedankenlesenden Individuen! Der Sekretär.) Weiter: Ist dann der Angeworbene für künftig befunden, wird er per Stimmentzettel gewählt. Ist dies geschehen, dann hat er den Wunsch, eine Rede des Vorstehenden mit anzuhören zu müssen und schließlich — jezt kommt! aufgepaßt! — folgendes Gelübnis abzugeben:

Vor Gott und allen Kameraden gelobe ich, daß ich als Mitglied des Kriegervereins Neuhaldensleben mich treu nach den Satzungen richte, meinen Gefährten (Namenel hochhalten, fest zu König und Vaterland stehen, auch alle Umfurgedanken der Sozialdemokratie verabscheuen und nach Kräften meine Kameraden vor revolutionären Ideen bewahren will.

Wenn das alles geschehen ist, hat der Glückliche das Recht, sich als Kamerad zu fühlen. Es ist dem Vereine noch die amerikanische Symboje zu empfehlen, die, wenn eingetrippt, ganz sicher wider den sozialistischen revolutionären Geist wirkt. Ich muß hier mich unter dieser Gesellschaft besser als wie in Sieberts Theater-Varietés in Magdeburg, wenn dessen Besitzer „Heraus, heraus, heraus mit der wilden Sau“ singt.

K. M. Osterleben. (Unfall.) In der Gabel von Köhne u. Biedelmann stürzte der Maurer S. von der Treppe und zog sich arge Kopfverletzungen zu. Er mußte dem Magdeburger Krankenhaus übergeben werden.

OK. Schwanebeck, Sr. Drama! (Um ein Gericht vertagslos ein blutiges Drama!) Am 2. Januar 1895 kam der Obsthändler S. zu dem Bäckermeister R., welcher gerade sein Abendbrot — bestehend u. a. in Peringsalat — verzehrte. R. lud S. ein, den Lieberst des Salates zu verteilen. S. that dies auch. Während dessen kam der Antreiber S. in das Haus des R. und sah, wie S. den Lieberst des Salates in aller Gemütsruhe zu sich nahm.

S. ging auf S. zu und wollte den fraglichen Salat, viellecht nur aus Eifer, fortnehmen. S. wehrte den S. ab. S. hierüber in Wut gesetzt, ergriff eine auf dem Tische liegende Gabel und verlegte S. damit mehrere Stiche in die Brust. S. konnte sich, da er eine verkrüppelte Hand hat, nicht viel wehren. Dieran noch nicht genug, hieb S. mit einer Keule, welche die Wälder zum Bekämpfen der Mandeln gebrauchten, auf S.'s Kopf und Brust solange ein, bis S. schwindlig und blutunterlaufen zusammenbrach. In der Dackstube und in dem Hausflur waren Blutspuren vorhanden, sogar an die Wände war das Blut gespritzt. Der Arzt brauchte ca. 2 Stunden zum Verbinden der vielen Wunden des S., an dessen Aufkommen gezweifelt wird.

V. Kreis Wangleben. (Anmeldung zur Stammrolle.) Der Vorstand des Kreises W. erläßt eine Bekanntmachung, in der sämtliche junge Leute militärpflichtigen Alters sich in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Februar b. J. bei der Kreisbehörde desjenigen

Ortes zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle anmelden, in welchem sie ihren dauernden Aufenthalt haben. Militärpflichtige, welche keinen dauernden Aufenthalt haben, haben sich bei der Kreisbehörde ihres Wohnortes, b. h. desjenigen Ortes zu melden, an welchem ihr, oder insonderheit nicht selbstständig, ihrer Eltern oder Vorfahren ordentlich Gerichtsstand sich befindet. Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einer dazwischen Aufenthaltort noch Wohnort hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle, und wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte, in welchem die Eltern oder Familiensöhne ihren letzten Wohnort hatten. Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort selbst erfolgt. Diejenigen Militärpflichtigen, welche nach dem 30. September 1874 geboren sind, haben das Geburtszeugnis von dem betreffenden Standesamte zu fordern. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Vorstehendem anmelden haben, zeitig absensend (auf der Reise begriffene Handlungsdiener, auf See befindliche Seeleute u. dergl.), so haben ihre Eltern, Vormünder, Väter, Väter oder Väterherrschaften die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

IV. Wgheden.

(Wer die Wacht hat, hat auch die Qual.) In einer recht eigentümlichen Lage befinden sich die Senechte eines in hiesiger Gegend belegenen Gutes. Dieselben sind engagiert, um unter anderem auch die Zudertreiben nach einer benachbarten Zudertreiberei zu befördern, und zwar mittelst Dampfschiffen. Die Senechte, die verpflichtet waren, täglich mit den quisherrlichen Dächsen zur Zudertreiberei zu fahren und dafür an Lohn pro Tag sage und schreibe nur 1,50 Mk. erhielten, konnten aber ihrer Verpflichtung infolge des schlechten Wetters nicht nachkommen. Sie und ihre Dächsen waren froh, wenn sie den Weg dreimal gemacht hatten. Dies schien nun aber ihren nächsten Vorgehens nicht in den Stram zu passen; er machte nicht den Dächsen, wohl aber den Senechten darüber Vorhalte und bei dieser Gelegenheit glaubten die Senechte, vernommen zu haben, daß ihnen, wenn sie nicht viermal pro Tag mit den quisherrlichen Dächsen nach der Zudertreiberei fahren, 50 Pfg. abgezogen würden. Ein solcher Verlust war aber den Senechten nicht sehr angenehm und sie trieben daher nun die Dächsen ihres „Derrn“ recht thätig an, so daß diese den Gang nach der Zudertreiberei mal täglich machten. Den Dächsen scheint es dabei nicht sonderlich ergangen zu sein, denn es dauerte nicht lange, da wurde den allzu schlagfertigen Senechten bei Androhung von 10 Mk. Geldstrafe eine bessere Behandlung der Dächsen in Erinnerung gebracht. Was sollen nun die Senechte thun? Dächsen sie nur dreimal zur Zudertreiberei, dann giebt's 50 Pfg. Abzug oder Strafe und treiben sie die Dächsen an, damit sie den Weg viermal zurücklegen, dann drohen sie ihnen 10 Mk. Strafe! Eine schlimme Situation für einen Senecht!

Anzeigen.

Die besten Engl. Leder-Hosen sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben liefert **G. Gense, Magdeburg** No. 14 Johannsstraße No. 14 neben dem „Billigem Theater“. Gegründet 1820.

des Geschäftes zu schädigen, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 6. Wer im geschäftlichen Verkehr einen Namen, eine Firma oder die besondere Bezeichnung eines Gewerbetreibenden in einer Weise benutzt, welche darauf berechnet und geeignet ist, Verwechslungen mit dem Namen, der Firma oder der Bezeichnung eines Gewerbetreibenden herbeizuführen, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, ist diesen auch im Falle des Schadens verpflichtet. Auch kann der Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben geltend gemacht werden.

§ 7. Wer Geschäft, oder Betriebsbezeichnung, die ihm als Angehöriger oder Stellung eines Geschäftsbetriebers vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut oder sonst jugendlich erworben sind, vor Ablauf von drei Jahren seit Beendigung des Dienstverhältnisses zu anderen des Wettbewerbes mit jenem Geschäftsbetriebe unzulässig an andere abtritt oder anderweit veräußert, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, ist auch im Falle des Schadens verpflichtet. § 8. Wer es unternimmt, einen anderen zu einer Handhabung gegen die Vorschrift unter § 7 zu verleiten, wird mit Geldstrafe bis 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

§ 9. In den Fällen der §§ 6, 7 und 8 tritt die Straferfolgung neben einer nach Maßgabe dieses Gesetzes verhängten Strafe auch auf Antrag des Verletzten auf eine an ihn zu erlegenden Buße bis zum Betrage von 10000 Mk. erkannt werden. Für diese Buße zahlen die zu verurteilenden Verurteilten als Gesamtschuldner. Eine bekannte Buße schließt die Geltendmachung eines Schadensersatzanspruches aus.

§ 10. Dem Entwurf ist der „Vorwärt“ folgende Kritik: Schulze = Delitzsch, der Hochpriefer des heiligen Manchesters, würde sich im Grabe verwundern, wenn er erführe, was jetzt in Deutschland im Zuge ist: Man will ein Gesetz machen gegen den „unlauteren Wettbewerb“! Ein Gesetz gegen den Wettbewerb, gegen die Konkurrenz, gegen die „freie Konkurrenz“ — die freie Konkurrenz, die doch, wie alle Mandchesteleute wissen, das einzige ist, was den Bau der Welt zusammenhält! Schulze-Delitzsch würde sich im Grabe verwundern, und die noch lebendigen Mandchesteleute schreien „Beter und Mordio!“ wegen der Behauptung der „Freiheit“, die eine hohe Regierung vorzunehmen für gut findet.

Anders gestimmt sind natürlich unsere lieben Spielsbürger und Sunifortler, die als Handwerksmeister und Kleinhändler tagtäglich den schwarzen Kampf um die Existenz zu führen haben, die von den vorerwähnten Großindustrie, dem Großhandel und nicht zum wenigsten auch von sonstigen mit allen Wissen und Pfiffen vorrauten, mit allen Pfunden geschätzten Geschäftsteilen mehr und mehr zurückgeschoben und in die Ecke gedrängt werden. — Der Gertrüben greift in seiner Not bekanntlich auch nach einem blauen Strohhalm, mit der — freilich ganz unbegründeten — Hoffnung, dieser werde ihn über Wasser halten, — und die Handwerker und Kleinhändler greifen in ihrer Verzweiflung, bald nichts mehr zu beschaffen und zu besitzen zu haben, nach Sunifort und Befähigungsnachweis, nach dem Verbot des Handwerksvertrages und schließlich auch wohl nach dem „Gesetz zur Bekämpfung

bes unläuteren Wettbewerb. Die Herren wissen nicht, daß sie die Ertritte haben und alles, was sie in ihrer Not ergreifen, nichts anderes als Ertrübarmut sind!

Was will denn das neue Gesetz? In einer den zwölf Paragraphen des Entwurfs beigegebenen Denkschrift heißt es, daß der Kampf ums Dasein, der unter den heutigen Verhältnissen besonders für die mittleren Geschichten der Gewerbstätigen schon schwer genug sei, durch den „unläuteren Wettbewerb“ ein Kampf mit ungleichen Waffen werde, wobei das rechtliche Übergewicht den kleineren Hebe. Darin liegt aber eine große Gefahr für die Wohl- fahrt weiterer achtungswerter Kreise des Volkes und für die Gesundheit des Staatswesens.

Und wie sollt alle diese Mißstände und Gefahren nun aufgehoben werden? Zum ersten dadurch, daß man die übertriebene Beklame bestände. Die Beklame sei zwar im Geschäftszweige allgemein verbreitet und unentbehrlich zur Veranschaulichung von Sachen. So lange die Beklame sich inner- halb der durch die Anforderungen von Treu und Glauben gebotenen Grenzen bewege, sei kein Grund vorhanden, ihr Verbot zu erlassen. Aber nach Belieben als gut, besser aber ausgedehnt zu empfehlen. Ertragbar werde die Beklame jedoch, wenn die Beklame zur Veranschaulichung und wacher Verkaufszwecke. Wenn z. B. allerlei populäre Weltausstellungen zu sehr billigen Preisen anzuordnen, während es sich bei näherer Prüfung um halbfertige Handelt; — wenn gewisse Agitationsagenten edle Symportien anhandigen, die sich kaum als edle Lederhüter heraus- stellen; — wenn die „Gelbe Hundert“ an den Stoffmärkten bietet, sie habe 30000 Winterhosen auf Lager und verkaufe sie für den halben Einkaufspreis, während sie in Wahrheit nur ein paar Hundert hat und sich jemand ein halbes Dutzend goldene Verkaufsstellen- Wochensachen auf die Ertritte bringen läßt, dabei aber noch nicht einmal auf der Preisvorber Wettbewerbstellung präpariert worden ist; — wenn jemand unter der erlogenen Erklärung „wegen Todesfalls“ oder „wegen Abbruch des Hauses“ z. einen Absatzlauf arrangiert, der nachher 20 Jahre dauert; dann ist alles das „unläutere Wettbewerbs“ und die Geschäftskunde, die nur „läutere Wettbewerbs“ betreiben, können kaum beantragen, daß die unterbleiben und daß die Unläuteren in Zukunft durch die unrichtigen Angaben verursachten Schäden erspart werden. Und die falschen Beklamen aber haben bessere Mittel gemacht, denn kann nach auf Strafe bis zur Höhe von 1500 M. erkannt werden.

Gerne kann nach Erlaß des Gesetzes der Bundesrat bestimmen, daß gewisse Handelsartikel, z. B. Wolle, Bier und dergleichen, nur in festgesetzten Umfängen verkauft werden; Wolle etwa in Ertritten à 10 Gramm, Bier in 1/10 Litern, wodurch das Geschäft der Mische der eigenen Produktion erhöht ist und nicht die „unläuteren Wettbewerber“ kommen und den kleineren Geschäften Konkurrenz machen und kleinere Märkte anführen können. — Dann sind da ein paar Bestimmungen, nach denen jeder, der das alte Gesetz „Du sollst nicht falsch Zeugnis belegen“ oder einen Geschäftsmann betrügt, zum Ersatz des entstandenen Schadens, event. auch zur Zahlung einer Strafe an die Staatskasse angehalten werden kann. — Schließlich werden bis zu einem Jahre Gefängnis und bis zu 3000 M. Geldstrafe, wenn sie ihnen bekannt gewordenen Geschäftszweige und Betriebsgeschäfte vor Ablauf

von zwei Jahren seit Beendigung des Dienstverhältnisses anderen mittelen aber selbst verwerten. Selbstverständlich können allen Angehörten, Arbeitern zc. hieraus die größten Unannehmlichkeiten und Schädigungen erwachsen, da doch viele gerade deswegen in ein Geschäft oder eine Arbeit eintreten, um dort etwas zu lernen und dies im späteren Leben zu verwenden, es aber sehr schwer sein wird, im eingesehen Falle festzustellen, was zu den Gehaltsminderungen was zu den stillen Sanbweber- und Geschäftskennntnissen gehört. Doch dieser Punkt ist es nicht, auf den wir heute besonders eingehen wollen.

Ist denn aber auch nur die geringste Aussicht vorhanden, daß dieses Gesetz „den Mittelstand zu schützen und zu erhalten“, auch nur im allerbesten Sinne zu erreichen wird? Das scheint uns doch eine allzu utopistische Annahme zu sein. — Der glaubt die Regierung etwa im Ernst selber nicht an die Sache und will sie viellecht nur den Jünglingen im Reichstag und im Lande einen schänen Spieß hinstellen, um ihren guten Willen zu zeigen und damit bei allerhand Unfug- und Entweigungen die Unterstützung beglückter Jünglinge zu bekommen?

12 Paragraphen nicht auf die Reihe helfen. Es ist ja zweifellos, daß die nur „läutere Wettbewerb“ betreibenden Sanbweber, Händler und deren Vereine von ihrem Vortragsrecht, daß diese und jene Beklame der „Unläuteren“ unterbleiben solle, einen sehr ausgebreiteten Gebrauch machen würden. Es ist auch möglich, daß man monde bühliche Verheimlichung des ungeschickten Konkurrenzkampfes mit dem Gesetz unterbleiben könnte. Aber viel mehr, als diesem über jenen herumtrotzen können Sanbweberbörger dadurch das Lebenslicht auslöschen, wird man nicht erreichen. Und der Haupterfolg wird sein, daß man durch Befreiung dieser kleinen, schwachen, ge- ringeren, mit allen Sünden gebetzten Geschäftsmacher viel- fach erst Raum schafft für die wirklich großen, die mit dem kleinen Mittel des Schwindels und der Liebes- vorstellung des Käufers. Das Geheimnis ihres Erfolges ist die Wohlthätigkeit, die Arbeitsleistung, die Erzeugnisse. Und ihre Stillen werden vielleicht bald zu sehen, wo heute in Dürren und Stätten verlassen Geschäftsmacher- künste die Leute betrogen. — Ob aber dies der Zweck des Gesetzes ist?

Die Sozialdemokratie ist bei der geplanten Aktion gegen den „unläuteren Wettbewerb“ glänzend unbetätigt. Und nur zur Funktion unserer Seite über das was läuft in der Politik dienen die vorstehenden Stellen. —

Fe in den letzten Stützgebieten durch immer weitere Er- bittungen des russischen Zaris gegen die ausländische Industrie gestiftet worden sind, gefährdet sind. Sind die aus nachstehenden glänzend lautenden Sanbweberverträge erkennen an, daß dieses Ziel erreicht ist. Alles, was darüber hinaus in der Erweiterung des Absatzes nach Straßburg erreicht ist oder erreicht werden wird, ist reinem Gewinn. Und eine außerordentliche oder selbst distinkte Sanbhabung von Verrägen macht dieselben nicht wertlos. Nur alle Fälle ist auf die Berücksichtigung von Spekula- tionen eher zu rechnen, wenn, wie das durch den Ab- schluss des Vertrags mit Straßburg erreicht ist, auch auf dem wirtschaftspolitischen Gebiete gerechte und auf gegen- seitiges Interesse basierte Vereinbarungen bestehen. —

1) Die Sanbweber sind ein neues Wirtschaftsmittel angeordnet. Der Jünglinge Zweck- berein für Strickindustrie hat nämlich den Wunsch aus- gesprochen, daß das Reich die gegenwärtigen Stricke- probanden hinsichtlich Stricken und zwar nur auf dem jetzt zur Strickproduktion verwendeten Stricken lassen, da- mit jeder weiteren Konkurrenz ein Stempel vorzulegen werde. Aber die Abgeschlossenheit dieser Weltmarkt, zu denen die reichsten Bundesfabriken gehören, entspricht sich niemand, was diese Herren fordern, ist eben auch etwas anderes, als wenn die abgerundeten Stricktextilien in den Bundesfabriken 5 Groschen Lohn pro Stunde mehr fordern. —

2) Die Sanbweber sind ein neues Wirtschaftsmittel angeordnet. Der Jünglinge Zweck- berein für Strickindustrie hat nämlich den Wunsch aus- gesprochen, daß das Reich die gegenwärtigen Stricke- probanden hinsichtlich Stricken und zwar nur auf dem jetzt zur Strickproduktion verwendeten Stricken lassen, da- mit jeder weiteren Konkurrenz ein Stempel vorzulegen werde. Aber die Abgeschlossenheit dieser Weltmarkt, zu denen die reichsten Bundesfabriken gehören, entspricht sich niemand, was diese Herren fordern, ist eben auch etwas anderes, als wenn die abgerundeten Stricktextilien in den Bundesfabriken 5 Groschen Lohn pro Stunde mehr fordern. —

3) Die Sanbweber sind ein neues Wirtschaftsmittel angeordnet. Der Jünglinge Zweck- berein für Strickindustrie hat nämlich den Wunsch aus- gesprochen, daß das Reich die gegenwärtigen Stricke- probanden hinsichtlich Stricken und zwar nur auf dem jetzt zur Strickproduktion verwendeten Stricken lassen, da- mit jeder weiteren Konkurrenz ein Stempel vorzulegen werde. Aber die Abgeschlossenheit dieser Weltmarkt, zu denen die reichsten Bundesfabriken gehören, entspricht sich niemand, was diese Herren fordern, ist eben auch etwas anderes, als wenn die abgerundeten Stricktextilien in den Bundesfabriken 5 Groschen Lohn pro Stunde mehr fordern. —

schärfste Anschauung erreicht. Als der vierzigjährige Sanbweber die Stelle antret, hatte er als Vorgänger einen von jenen Strickweber der ganzen Vorgänger, wie solche jetzt kaum noch zu finden sein dürften. Dieser alte Herr war seiner Gattin- gabe in Bezug auf Wohlthätigkeit in der Sache nachgekommen, daß er den Kindern einen Ständer von Eisenfang bis zu Ende erstellte. War ein Ständerortum ab- solviert und einige Male rephitert, so ging es an einen Ständer von Eisen, welche nimmermehr durchgenommen wurden. Als herauskam der Jüngling zu billigen Beginn eine ganz andere Weise die Strickerei zu betreiben, wurde die Eltern schon ihrer Freude darüber ausbreitend, wurde der Behälter vom Ständerortum angelesen, die Kinder nicht so allseitig bilden zu wollen, der er später seine zum Düngeflächen haben mußte — und Abhängigkeit bringt dem Jünglingstrickweber. —

4) Die Sanbweber sind ein neues Wirtschaftsmittel angeordnet. Der Jünglinge Zweck- berein für Strickindustrie hat nämlich den Wunsch aus- gesprochen, daß das Reich die gegenwärtigen Stricke- probanden hinsichtlich Stricken und zwar nur auf dem jetzt zur Strickproduktion verwendeten Stricken lassen, da- mit jeder weiteren Konkurrenz ein Stempel vorzulegen werde. Aber die Abgeschlossenheit dieser Weltmarkt, zu denen die reichsten Bundesfabriken gehören, entspricht sich niemand, was diese Herren fordern, ist eben auch etwas anderes, als wenn die abgerundeten Stricktextilien in den Bundesfabriken 5 Groschen Lohn pro Stunde mehr fordern. —

5) Die Sanbweber sind ein neues Wirtschaftsmittel angeordnet. Der Jünglinge Zweck- berein für Strickindustrie hat nämlich den Wunsch aus- gesprochen, daß das Reich die gegenwärtigen Stricke- probanden hinsichtlich Stricken und zwar nur auf dem jetzt zur Strickproduktion verwendeten Stricken lassen, da- mit jeder weiteren Konkurrenz ein Stempel vorzulegen werde. Aber die Abgeschlossenheit dieser Weltmarkt, zu denen die reichsten Bundesfabriken gehören, entspricht sich niemand, was diese Herren fordern, ist eben auch etwas anderes, als wenn die abgerundeten Stricktextilien in den Bundesfabriken 5 Groschen Lohn pro Stunde mehr fordern. —

6) Die Sanbweber sind ein neues Wirtschaftsmittel angeordnet. Der Jünglinge Zweck- berein für Strickindustrie hat nämlich den Wunsch aus- gesprochen, daß das Reich die gegenwärtigen Stricke- probanden hinsichtlich Stricken und zwar nur auf dem jetzt zur Strickproduktion verwendeten Stricken lassen, da- mit jeder weiteren Konkurrenz ein Stempel vorzulegen werde. Aber die Abgeschlossenheit dieser Weltmarkt, zu denen die reichsten Bundesfabriken gehören, entspricht sich niemand, was diese Herren fordern, ist eben auch etwas anderes, als wenn die abgerundeten Stricktextilien in den Bundesfabriken 5 Groschen Lohn pro Stunde mehr fordern. —